

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 22, Winterfeldtstr. 24

Fernsprecher: Amt Cützow, Nr. 6488

Redakteur: Emil Dittmer

Motto:

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags

Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beistellgeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3157

Reichstags Ende.

Wir atmen auf! Dieser Reichstag weint kein politisch denkender Arbeiter eine Träne nach. Und jeder gewerkschaftlich Organisierte, der vielleicht politisch bislang uninteressiert war, wird jetzt vor die Frage gestellt: Wie wahr ist meine Staatsbürgerrechte besser als bisher?

Denn daß der zwölfte Deutsche Reichstag eine Rückerinnerung des blau-schwarzen Schreckens hinterläßt für lange Zeiten, ist außer Zweifel. Wägen wir die famose Wiltonblutperiode vom Februar 1907 bis Sommer 1909 betrachten oder gar der vermehrten reaktionären Anschläge gegen die Arbeiterklasse gedenken, wie sie in der zweiten Periode bis zum 5. Dezember 1911 zu verzeichnen sind.

Wie war es doch mit der liberal konservativen Paarung? Sollte da nicht die Aera großzügiger Gesetzgebung beginnen und das als dundmäuerlich „verschriene“ Bürgertum positive (Regierungs-) Arbeit leisten? Jawohl! Die erste Mostfrucht war das Vörlagegesetz, daß den Terminhandel aufhob und die Spekulation erleichterte, mithin für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Erschwernisse im Gefolge haben mußte. Denn so mancher finanzielle Fehlschlag (hervorgegangen durch Spekulation) hat Arbeitslosigkeit, Verelendung der Arbeitsverhältnisse usw. im Gefolge, soweit gegen letzteres nicht erfolgreich angekämpft werden kann. So mußten die berufenen Arbeitervertreter das Gesetz selbstverständlich ablehnen.

Kaffen wir einmal das neu geschaffene Vereinsgesetz als gewissen Fortschritt gelten, so muß hier zum mindesten seine gesetzgeberische Halbheit festgestellt werden, die sich in der Folgezeit wiederholt dokumentierte, und wobei die allerdinge sonderbare Ausnahmestruktur besonders auch für die Gewerkschaften recht „hilflos“ blieben zeitigt. Wenn das so weitergeht mit der Vereinsgesetzgebung, haben wir ja noch allerhand zu erwarten.

Gleich eine Viertelmilliarde erforderte das neue Flottengesetz, und weil ohnehin an allen Ecken und Enden der Talles in den Reichsfinanzen (infolge der wahrweisigen Militärausgaben), so kam nun der Reichsfinanzreform erster Teil mit 400 Millionen Belastung der Arbeiter und 100 Millionen der Reichenden. Aber selbst das war den Jüngern noch zu viel. Ihr „Kamillienstern“ war durch die Erbschaftsteuer arg gefährdet und so ging der viel gepriesene Patowoblock elendiglich in Trümmer. ...

Die „neue Aera“ mit Bethmann Hollweg begann also mit den 400 Millionen neuer indirekter Steuern, deren Wirkung inzwischen so grauam deutlich im Proletarierhaushalt zutage getreten ist. Die weiteren 100 Millionen wurden künstlich zusammengehackt aus Zement für Effekten, Grundstücksübertragungen, Zinsensteuer usw.

Aber damit nicht genug, ist noch in den letzten Wochen mittels des Schiffsabgabengesetzes eine weitere Belastung für das Volk geschaffen. Die Ausgaben werden sich wesentlich erhöhen und damit auch viele Waren verteuern, weil sie auf dem Wasserwege befördert werden.

Nur der Vollständigkeit halber sei erneut die Reichsversicherungsgesetzgebung genannt. Ihre fragwürdige

Beisatzheit ist wiederholt von uns charakterisiert worden. Um noch das wichtigste von dem gesetzgeberischen Fickwerk der letzten Monate herauszuheben, sei erinnert an die Angestelltenversicherung, Heimarbeiterschutz, Molligesetz und elisch-lotbringende Verfassung. Eine Reihe weittragender Gesetze blieben erfreulicherweise unerledigt.

Hier sieht man noch die Lächerlichkeit rauchen

Der Reich ist nicht mehr zu gebrauchen.

Ob Strafprozessordnung, ob gar das Strafrecht mit seinen arbeiterfeindlichen Anschlägen, ob endlich die Halbheit, genannt „Arbeitskammern“ — wir sind schon froh, daß dieser Reichstag nicht mehr darüber kam, trotzdem er so gar nicht sterben wollte.

Nun ist's aus mit der Herrlichkeit der Reichsboten. Jetzt gilt's, die Wähler einzufangen für die bürgerlichen Parteien. Da wird der Mund trüben von Versicherungen, wie aut man es mit dem Bürger Arbeiter meint. Keiner will ihm etwas anhaben, jeder ist nur verkauft. Die Jagd nach den Arbeiterstimmen wird ebensowohl vom konservativen Janker als auch vom nationalliberalen Großindustriellen jetzt populär. Das Zentrum hofft wiederum auf seine Getreuen aus Arbeiterkreisen und die „christlichen“ Gewerkschaften werden „unpolitisch“ genug sein, ihm mit ihren Zehntausenden recht kräftig unter die Arme zu greifen. Der kleinbürgerliche „Morddrücker“ braucht natürlich Arbeiterstimmen, ja auch er beist in den „Stücken“ eine kleine organisierte Gefolgschaft von Gewerkschaftlern.

So ist das Feld der Gegner klar gezeichnet. Wie wird der aufgeklärte frei organisierte Gewerkschaftler handeln? Auch an ihn tritt jetzt erneut die Frage heran: Soll das politische Elend in Deutschland fortbestehen? Soll die Arbeiterklasse weiterhin Objekt der Gesetzgebung sein, niemals Subjekt? Mit anderen Worten: Sollen wir Arbeiter nur fortgesetzt von der Gesetzgebung geprügelt und belastet werden, anstatt selber die Gesetze nach unserem Willen zu gestalten?

Wenn wir freiere Zustände in Deutschland schaffen wollen, müssen die Reichstagswahlen am 12. Januar 1912 ein gewaltiges Aufwachen der Arbeiterstimmen bringen für die Kandidaten der Sozialdemokratie, der berufenen Vertreterin der Arbeiterinteressen im Reichstage.

Die Kampfesfreude und Siegesverficht in den Reihen der freien Arbeiter ist groß. Vier Millionen Stimmen haben selbst bürgerliche Politiker herausrechnen wollen. Dazu gehört aber mehr, als bislang an politischer Aufklärung und Agitation geleistet werden konnte. Dazu gehört äußerste Anspannung aller derjenigen, die von der Bedeutung einer Fortentwicklung unserer politischen Rechte, einer mitbestimmenden Beeinflussung der Gesetzgebung durch die Arbeiter überzeugt sind.

Die Lehren der letzten fünf Jahre waren bitter, hoffentlich waren sie heilsam. Es gibt Dinge im menschlichen wie öffentlichen Leben die unbedingt überwunden werden müssen. Wir haben vor solchen schweren Schritten!

Alle fünf Jahre nur dürfen wir an den Stein rütteln, der uns im Arbeitsleiter von Licht, Lust und Freiheit absperrt. Zorau wir durch gemeinsames kräftiges Anstemsen dafür, daß der Stein donnernd in die Tiefe rollt.

Gewerkschaften und Reichstagswahlen.

Im ersten Dezemberheft der „Soz. Monatshefte“ veröffentlicht Carl Legien einige geschichtliche Feststellungen zur Frage „Partei und Gewerkschaft“, die besonders im gegenwärtigen Moment Bedeutung verdienen. Wir geben nachstehend einen Auszug davon:

Parteilosigkeit neutral sollen die Gewerkschaften sein. Sie können deshalb bei den Reichstagswahlen, bei denen es sich um die Entscheidung darüber dreht, dem Vertreter einer politischen Partei ein Mandat zu sichern, nicht unmittelbar als geschlossene Organisation eingreifen. Etwas anderes ist es, ob die Gewerkschaften prüfen, welche Partei im Reichstag bisher die sozialpolitischen Anforderungen der Arbeiterklasse mit der erforderlichen Energie vertreten hat, und danach entscheiden, welcher Partei die Stimmen der wohl berechtigten Gewerkschafter zufallen müssen. Die Sozialpolitik zu fördern liegt im ureigensten Interesse der Gewerkschaften, denn Gewerkschaftspolitik ist Sozialpolitik. Es gibt keine Frage sozialpolitischer Natur, die die Gewerkschaften nicht unmittelbar berührt. Daher haben die gewerkschaftlichen Organisationen auch stets das Recht für sich in Anspruch genommen, die Förderung der Sozialpolitik als eine ihrer Aufgaben betrachten und innerhalb der Organisation sozialpolitische Fragen erörtern zu dürfen. Solange dies nicht möglich war, erfolgte die Erörterung dieser Fragen in öffentlichen Versammlungen oder auf öffentlichen Versammlungen. Nicht, weil es sich um eine Angelegenheit handelte, der die Gewerkschaften keine Aufmerksamkeit zu schenken hätten, sondern wegen der Vereinsgesetzgebung und der bösartigen Auslegung, die diese durch Polizei und Gerichte zu erleiden hatte, wurde in dem Vorbehalt geäußert, statt in den Versammlungen der Gewerkschaften in öffentlichen Versammlungen zu sozialpolitischen Fragen Stellung zu nehmen.

Es gab allerdings vor 1½ Jahrzehnten in der organisierten Arbeiterklasse Deutschlands Meinungsverschiedenheiten darüber, ob es Sache der Gewerkschaften sei, sich mit Sozialpolitik zu beschäftigen, oder ob dieses Gebiet ausschließlich der politischen Organisation der Arbeiterklasse, der sozialdemokratischen Partei, vorzuhalten sei. Als 1894 die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands daran ging, einen öffentlichen Gewerkschaftsverband zu beraten, der Stellung zur Arbeiterkammerfrage, der Gewerkschaften, dem Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrecht nehmen sollte, fand sie nicht nur in Parteireihen, sondern in den Gewerkschaften selbst lebhaften Widerspruch. Die sich ihm desfalls, obgleich die Sache nur im internen Kreis behandelt werden sollte, genügt, öffentlich in ihrem „Korrespondenzblatt“ Stellung zu nehmen und eine Art sozialpolitischen Programms für die Gewerkschaften aufzustellen. Zu dessen Begründung wurde ausgeführt:

„Koalitionsfreiheit und Arbeiterschutz stehen im engsten Zusammenhang mit der materiellen Lage des Arbeiters. Eine Koalitionsfreiheit ohne Erreichung höherer Lohn- und Arbeitsbedingungen, ohne dieselbe keine ihrem wirklichen Zweck entsprechende gewerkschaftliche Organisation, ohne dieselbe kein nachhaltiger Einfluss auf die Arbeiterkammergesetzgebung, ohne Koalitionsfreiheit keine ausreichende Organisation der arbeitenden Arbeiter... Koalitionsfreiheit und Arbeiterschutz müssen sich die Arbeiter selbst erkämpfen. Das geschieht dadurch, daß sie sich zunächst von dem geringen Maß der ihnen gewährten Koalitionsfreiheit den ausgiebigsten Gebrauch machen, daß dieselben im ausgiebigsten Maße Koalitionsfreiheit und wirksamen Arbeiterschutz fordern. Menagerie politischer Parteien können wohl im allgemeinen Stellung zu diesen Forderungen nehmen, ihre praktische Propaganda muß Aufgabe der Gewerkschaften sein. Auf den Gewerkschaften muß das Material zusammengetragen und geordnet werden; für die Vertretung der Arbeiterinteressen im Parlament ist damit eine wirksame Vorarbeit geleistet. Nach der jetzt allgemein geltenden Gesetzesauslegung in der Verhandlung solcher Fragen, fordern dadurch eine Einwirkung auf die Gesetzgebung bezogen werden soll, Punkt. Die Geschichte der einheitlichen Arbeiterbewegung lehrt, daß überall da, wo die Arbeiter als geschlossene Masse Stellung zu diesen Fragen genommen haben, sie sich dadurch auch das Recht erwirkten, Stellung dazu nehmen zu dürfen. Es für die deutschen Arbeiter der jetzigen Zeitpunkt der geeignete ist, als einheitliches Ganzes in dieser Richtung zu handeln, ob diese Gegenstände auf einem demnach gewerkschaftlich organisierter Arbeiter verhandelt werden sollen, darüber kann man geteilter Meinung sein. Zeit steht für uns, daß dieser Zeitpunkt früher oder später kommen mag, und daß, wenn familiäre Streitigkeiten als geschlossenes Ganzes handeln, die gegen ein solches Vorgehen ins Feld traten, Gefahr einer Auflösung einzelner Gewerkschaften dann eine geringe ist.“

Der Zeitpunkt kam früher, als man damals erwarten konnte. Als 1890 den Gewerkschaften die Judikatsverträge drohten, nahmen

sie trotz des Verbots der Reichsvereine auf ihrem Kongress in Frankfurt am Main Stellung zum Koalitionsrecht und zu anderen sozialpolitischen Fragen, und seitdem hat jeder Gewerkschafts-Kongress sich mit solchen Angelegenheiten beschäftigt. Aber auch Forderungen auf sozialpolitischen Gebiet nicht, der muß auch den Willen bekunden, sie durchzuführen. Und hierbei ist der Ausfall der Reichstagswahl von entscheidender Bedeutung. Es sei hier noch ganz abgesehen von allgemeinen politischen Fragen, auch von der Steuererleichterung, welche diese von größter Wichtigkeit auch für die Gewerkschaften ist; werden doch diese durch die Verteuerung der Verbrauchsartikel immer wieder genötigt, durch wirtschaftliche Kämpfe einen Ausgleich zwischen der Lohnhöhe und den steigenden Kosten der Lebenshaltung herbeizuführen. Es soll nur auf die sozialpolitischen Leistungen des Reichstags und darauf hingewiesen werden, von welcher Partei im Reichstag die Forderungen der Gewerkschaften vertreten werden.

Die sozialpolitische Aufgabe der jetzt ablaufenden Legislaturperiode ist überaus gering, obgleich 1907 nach der liberal-konservativen Paarung mit großem Pathos erklärt worden war, jetzt solle erst recht Sozialpolitik betrieben werden. Die Majorität, wie sie sich nach der Wahl von 1907 ergab, hatte nicht lange Bestand, noch weniger war daran zu denken, daß sie eine ernsthafte Sozialpolitik treiben würde. Das zeigte sich selbst bei dem Reichsvereins-Kongress. Brachte es auch mancherlei Verbesserungen gegenüber dem früheren Zustand, so enthält es doch auch Bestimmungen, die nicht einmal die reaktionäre preussische Verordnung zur Verhütung des Mißbrauchs der Vereins- und Versammlungsfreiheit von 1850 kannte. Auf sozialpolitischem Gebiet ihre Leistungsfähigkeit zu erproben, fand diese Reichstagsmajorität keine Gelegenheit, denn sie ging in die Brüche, als verabschiedet wurde, die unvermeidbaren Gegensätze zwischen der Rechten und der Linken in der Wirtschaftspolitik zu vereinen. Die Folge war, daß das Zentrum wieder die ausschlaggebende Stellung erhielt, und dadurch die wenigen sozialpolitischen Gesetze, die ihre Erledigung fanden, jene Salobert aufweisen, die das Zentrum seit je solchen Gesetzen zu geben verstanden hat. Den Unternehmern tut man nicht weh, und den Arbeitern ergab man, es wäre nicht mehr zu erreichen gewesen. So hat man sich, wie Windthorst einmal sagte, stets mit Gottes Hilfe durchgezogen. Besonders wird von dem Zentrum die Taktik befolgt, immer dann, wenn von der Sozialdemokratie ein Antrag auf Verbesserung eines Gesetzes vorliegt oder ein Antrag auf Erlass eines Gesetzes oder einer Verordnung eingebracht wird, einen abgewandten Antrag einzubringen, der dann Annahme findet und den Zweck auskommen läßt, als wäre dem Zentrum die Verbesserung zu danken, oder als wäre auf seine Anregung ein Gesetz oder eine Verordnung vom Reichstag gefordert. Die sozialpolitischen Anträge, die das Zentrum im Reichstag eingebracht hat, ohne dazu durch vor Jahren oder in neuerer Zeit gezielte Anträge der Sozialdemokratie angeregt zu sein, sind äußerst gering an Zahl. Das gleiche gilt von den anderen bürgerlichen Parteien, wie auch die sozialpolitischen Gesetzesentwürfe der Regierung viel von dem enthielten, was seit Jahren von der Sozialdemokratie verhandelt ist. Man mag in bürgerlichen Kreisen sich noch so sehr fräuen: Die Tatsache bleibt bestehen, daß fast alle Anregungen für die sozialpolitische Gesetzgebung von den parlamentarischen Vertretern der Sozialdemokratie ausgegangen sind.

Es gibt wohl keine Frage, die die gewerkschaftliche Bewegung berührt, die nicht in den letzten 5 Jahren von der sozialdemokratischen Fraktion durch Stellung von Anträgen, durch Behandlung in den Kommissionen und im Plenum des Reichstags zur Erörterung gebracht ist. Es sei nur an die Mitarbeit der sozialdemokratischen Abgeordneten bei den von der Regierung eingebrachten Gesetzesentwürfen; dem Zielenwerntilchungs-Gesetz, dem Sonntagsruhe-Gesetz und dem Arbeitskammergesetz, erinnert. Bei dem letzteren erwähnt ist es der Sozialdemokratie zu danken, wenn es nicht völlig zu weiser Salob geworden ist. Dieser Umstand aber läßt es der Regierung geraten erscheinen, dieses Gesetz nicht zur Verabschiedung zu bringen. Das Sonntagsruhe-Gesetz ist auf Wunsch der Regierung noch erledigt worden. Es bringt noch nicht das, was geküßelt festgelegt werden mußte, um die Schäden der Demoralisation und der gemeingefährlichen Ausbeutung der Arbeiter durch der Demoralisation zu tun. Besonders wegen der noch ausstehenden Lohnkammer aben die Regierung Einspruch, und die bürgerlichen Parteien haben diese Forderung, deren Durchführung dem Gesetz einen bescheidenen Wert gegeben hätte, fallen lassen. So erreicht das Gesetz lange nicht den von der sozialdemokratischen

Fraktion ausgearbeiteten Gesetzentwurf zur Regelung der Heimarbeit, der all den Anforderungen genüge, die die Gewerkschaften in dieser Sache zu stellen haben. Auch einen Bauarbeiter-Gesetzentwurf brachte die sozialdemokratische Fraktion ein, der aber gleich den anderen Initiativanträgen nicht zur Verhandlung kam. Der Sozialdemokratie war es zu danken, daß in dieser Legislaturperiode eine Kommission eingesetzt wurde, die sich mit der Vereinfachung der Koalitionsverbote für die Landarbeiter und die Aufhebung der Gefindeordnungen zu beschäftigen hatte. Die von dieser Kommission geleitete Arbeit war umsonst, sie wurde durch Schluß der Reichstagsession erledigt, und es gelang nicht, zur Einsetzung einer neuen Kommission zu kommen. Zum Schutz der Vergarbeiter verlangte die sozialdemokratische Fraktion den Erlass eines Reichsberggesetzes, im Interesse der Arbeiter in der Großindustrie wurde der Erlass einer Verordnung gegen übermäßige Ausbeutung der Arbeitskraft verlangt. Was die Regierung schließlich gab, war, daß der erwähnte Fallfall, nicht entfernt das, was gefordert wurde, und was auch hätte durchgeführt werden können, ohne etwa die Interessen der Unternehmer empfindlich zu verletzen. Die sozialdemokratische Fraktion forderte, daß dem Unfug, der mit den Werkpensionskassen getrieben wird, durch Gesetz ein Ende gemacht werde. Sie verlangte ferner, daß für die Werkwohnungen der Arbeiter dieselben Mündigungsbedingungen Geltung erzielten wie für andere Wohnungen. Sie forderte Untersuchungen über die Gefahren, denen die Arbeiter der chemischen Industrie ausgesetzt sind, sowie eine ausreichende Verordnung zum Schutze der Glasarbeiter. Sie beantragte, die Rechtsverhältnisse der Privatbeamten zu revidieren und für das Handelsgewerbe Handelsinspektoren einzusetzen. Ein von ihr eingebrachter Antrag sollte dem Mißbrauch Steuern, der mit den Unternehmerarbeitsnadeln getrieben wird, es sollten diese beseitigt und durch paritätische Arbeitsnadeln ersetzt werden. All dieses sind Anträge gewerkschaftlicher Charakter oder doch solche, deren Durchführung den Gewerkschaften von großem Nutzen gewesen wäre. Daß sie nicht angenommen wurden, zum Teil nicht einmal zur Beratung im Reichstag kamen, auch der Bundesrat nicht veranlaßt wurde, den Anträgen entsprechende Verordnungen zu erlassen, ist auf den Umstand zurückzuführen, daß der parlamentarische Einfluß der Sozialdemokratie nicht ausreichend ist.

Das zeigte sich auch bei Beratung der Reichsversicherungsordnung. Alle Bemühungen der sozialdemokratischen Abgeordneten, das Gesetz so zu gestalten, daß ein Fortschritt gegenüber den bisher geltenden Arbeiterversicherungsgesetzen herbeigeführt worden wäre, waren vergeblich. Die Arbeitervertreter im Zentrum, die auf den christlichen Gewerkschaftskongressen heilig versichert hatten, daß sie jede Beeinträchtigung der Rechte der Arbeiter in den Versicherungsinstitutionen verhindern würden, waren es, die wesentlich mit dazu beigetragen haben, diesem Gesetz die reaktionäre Färbung zu geben, in der es schließlich verabschiedet worden ist. Von der Versicherung der christlichen Arbeitervertreter, hier das Gesetz scheitern zu lassen als zuzugeben, daß es reaktionär gestaltet wurde, war bei der Beschlußfassung keine Rede mehr; das Gesetz fand vielmehr die Zustimmung dieser Arbeitervertreter.

Eine für die Gewerkschaften äußerst wichtige Angelegenheit, der Legitimationsartenzwang für ausländische Arbeiter, kam auf ausschließliches Vetreiben der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag zur Verhandlung und Beschlußfassung. Die ausländischen Arbeiter werden durch die zuerst von Preußen und dann auch von anderen Bundesstaaten eingeführte Legitimationskarte unter Polizeikontrolle gestellt. Veteiligen sie sich an Streiks, oder sind sie nicht bereit Streikbrecher zu werden, so droht ihnen die Ausweisung. Diese Einrichtung widerspricht den Bestimmungen der Handels- und Niederlassungsverträge besonders dadurch, daß für die Ausfertigung der Karte an eine private Gesellschaft, die Feldarbeiterzentrale, der Betrag von 2 bis 5 Mk. gezahlt werden muß. Der Reichstag konnte nicht umhin, den sozialdemokratischen Antrag, durch den der Reichsfanzler ersucht wird, diese widerrechtliche Einrichtung zu beseitigen, anzunehmen. Das Zentrum wies insofern mit, als es beantragte, den Hinweis auf die Unmöglichkeit der Legitimationsartenzwangs aus dem sozialdemokratischen Antrag zu streichen. Bis jetzt hat der Bundesrat auf diesen Antrag nicht reagiert, obwohl von sozialdemokratischer Seite bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Sache erneut zur Sprache gebracht wurde. Das Zentrum hat seinen parlamentarischen Einfluß nicht gebraucht, um die Durchführung des Reichstagsbeschlusses zu sichern.

Das sind nur einige Beispiele auf die Vorgänge im Reichstag in der letzten Legislaturperiode. Sie zeigen, daß die Gewerkschaften nur in der sozialdemokratischen Partei ihre parlamentarische Vertretung haben. Es kann unter diesen Umständen der Entscheid-

ung für wen die Stimme bei der Reichstagswahl abzugeben ist, dem Gewerkschaftler nicht schwer fallen. Will er die den Gewerkschaften dienliche Sozialpolitik energisch im Reichstag vertreten wissen, so kann er eben nur einen Sozialdemokraten wählen.

Der nächste Reichstag wird aber noch andere, für die Gewerkschaften wichtige Angelegenheiten zu entscheiden haben. Er wird darüber zu beschließen haben, ob unsere Steuergesetzgebung so wie bisher fortgesetzt werden soll, ob neue Lasten der arbeitenden Klasse aufzuerlegen sind. Wer das nicht will, muß den Vertreter der Partei wählen, die sich gegen indirekte Steuern grundsätzlich wendet und für eine direkte Reichseinkommensteuer ist. Möglicherweise wird der nächste Reichstag auch über den Entwurf eines neuen Strafgesetzbuchs zu entscheiden haben. Welche Gefahren den Gewerkschaften durch die Bestimmungen drohen, die in dem Entwurf enthalten sind, ist hier bereits auseinandergesetzt worden. Der Zentralverband deutscher Industrieller ist aber mit den Vorschlägen der Regierung, deren Durchführung eine Einschränkung des Koalitionsrechts bringen würde, noch nicht einmal zufrieden. So fordert er, daß das Streikpostenstehen mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis 1000 Mk. geahndet werden soll. Kürzlich forderte dieser Verband auf seiner Generalversammlung größeren Schutz der Arbeitswilligen. Einen gleichartigen Antrag haben im sächsischen Landtag die Konservativen eingebracht, und es steht zu erwarten, daß solche Anträge den Reichstag im nächsten Jahr beschäftigen werden. Schutz der Arbeitswilligen heißt aber in diesen Kreisen nichts anderes als Einschränkung des ohnehin unzulänglichen Koalitionsrechts der Arbeiter.

Dem konservativ-ultramontanen Vlod die Entscheidung über das Koalitionsrecht der Arbeiter zu überlassen, wäre das Förmliche, was die Arbeiter tun könnten. Deshalb müssen sie im eigenen Interesse, im Interesse ihrer gewerkschaftlichen Organisationen, darauf sorgen, daß eine ausreichende Zahl Sozialdemokraten in den nächsten Reichstag gewählt und des weiteren die Majorität der Rechten und des Zentrums gesprengt und durch eine fortschrittliche Arbeitsmehrheit ersetzt wird. Nur wenn es gelingt, dem Zentrum den entscheidenden Einfluß, den es heute hat, zu nehmen, ist eine Gesundung unserer politischen Verhältnisse zu erwarten.

Aus der Hauptstadt Ostpreußens.

Nach übereinstimmenden Mitteilungen der bürgerlichen Presse setzt sich der Magistrat von Königsberg aus lauter liberal-fortschrittlichen Derrn zusammen. Sie sind aber „modern“-liberal, denn bei ihnen gilt nur die Freiheit auf unbeschränkte Ausbeutung der Arbeiter. Jede andere Freiheit ist ihnen arg verhaßt. Wird nun in der Nähe eines Magistratsmitgliedes von Arbeiterrecht und -freiheit gesprochen, dann ist dieser Herr in eine Stimmung gebracht, die schlimmes befürchten läßt. Er greift dann die Gelegenheit direkt bei den Haaren, um reden zu können und seinem bedrückten Herzen Luft zu machen. Kann ein Mitglied des Magistrats sonst nirgends eine Rede halten, dann bietet sich ihm die Gelegenheit im Junkerhof.

Hier wird dann gegen die Begehrlichkeit der Arbeiter losgezockert. Die Bürger werden zum festen Zusammenstoß, zum Schutze der heiligen Freiheit auf schrankenlose Ausbeutung der Arbeiter aufgerufen. Dann erst, wenn eine halbe Stunde lang der „Umsturz“ an die Wand gemalt und die „Umstürzler“ in die Hölle verwünscht wurden, legt sich der Jörn dieser Herren. Es kommt auch in Königsberg vor, daß die Stadtverordneten anders beschließen wie der Magistrat es wünscht. Dann gibt er die „freundliche“ Erklärung ab, daß der Magistrat nach wie vor auf seinem Standpunkt beharrt, aber dem Beschluß der Stadtverordneten dennoch beitrifft. — Sehr nett!

Als die städtischen Arbeiter es wagten, eine winzige Lohnzulage zu verlangen, war der Magistrat der Ansicht, daß sie keine Lohn-erhöhung nötig hätten, denn die Löhne wären ausreichend bemessen. Um dies beweisen zu können, hat sich ein Mitglied des Magistrats ein halbes Jahr lang mit der Ausfertigung einer Rückänderung an die Stadtverordnetenversammlung beschäftigt. Wir wollen gern zugeben, daß es dem Magistrat viel Mühe gemacht hat, diesen Nachweis zu erbringen. Aus der Zeit, wo Dr. Tullio noch die statistischen Arbeiten der Stadt leitete, stammt eine Denkschrift, die den Titel „Die Löhne und die Arbeitszeit der in den Königsberger städtischen Betrieben angestellten Arbeiter“ trägt. Vergleicht man diese Denkschrift mit dem neuesten Magistratsberzeugnis, dann fällt sofort der große Unterschied in der Beurteilung der Arbeiterfrage auf. In der Denkschrift Dr. Tullios wird rein sachlich der Stand der Löhne

und der Arbeitszeit mitgeteilt; in der jetzigen Minderzählung des Magistrats hingegen werden alle die Arbeiter stark hervorgehoben, die entweder als langjährige Handwerker in den städtischen Betrieben ausnahmsweise höhere Löhne beziehen oder infolge einer großen Kinderzahl eine weit über den Durchschnitt stehende Kinderzulage erhalten. Diese „hohen“ Löhne werden dann als Paradeziele in der ganzen Schrift herumgeritten. Der Leser, also vor allen Dingen die Stadtverordneten, sollen über das Elend der am fauchendsten entlohnten Arbeiter leicht hinwegkommen.

Die Kinderzulagen spielen in der Schrift eine sehr große Rolle. Tagelang wird die Arbeitszeit der meisten Arbeiter gar nicht erwähnt. Würde man die Arbeitszeit von zehn Stunden täglich und hierfür einen Tagelohn von 3 Mk. angegeben haben, dann hätte das allzusehr der Wirklichkeit entsprochen, und das wollte man doch nicht. Die Mutter und Mitarbeiter der Fabrikanten haben sogar eine durcheinanderwühlende zwölfstündige Arbeitszeit. Das der Stadtverordnetenversammlung in der Denkschrift mitzuteilen, hielt man nicht für notwendig. Verschwiegen ist auch in der Denkschrift, daß die Arbeiter die famosen Familienzulagen erst nach dreijähriger Beschäftigung in städtischen Betrieben erhalten.

Tagelang wurde in der Debatte vom Oberbürgermeister hervorgehoben, daß die in Not geratenen städtischen Arbeiter, im Gegensatz zu den Arbeitern in Privatbetrieben, auf Antrag besondere Unterhaltungen erhalten. An der Erzählung ist zwar etwas Wahres, aber die städtischen Arbeiter wissen von den Notstandsunterstützungen ein nicht angenehmes Lied zu singen. Bei diesen Unterhaltungen spielt die Genuß eine recht große Rolle. Da wird so munter sich in bitterer Not befindende Familienväter mit seinem Gesicht abgewiesen, weil er „oben“ aus irgendeinem Grunde nicht gut angesehen ist. Gewiß gibt es auch in Königsberg Betriebsleiter, die sich nicht auf dieses tiefe Niveau stellen. Aber eine Schwäche macht noch keinen Sommer, und ein Teil der Herren Betriebsleiter macht aus ihrem Herzen keine Kordelgrube. Sie sagen das den Geschäftsführern direkt ins Gesicht: „Was wollen Sie denn, Sie bekommen nichts, ich kann dem geben, dem ich es geben will.“

Nachdem die Zulage von 20 Pf. täglich bewilligt wurde, scheint man überhaupt ungern etwas zu geben. Es ist vorgekommen, daß selbst jene Betriebsleitungen Unterhaltungsansprüche abgelehnt haben, die sonst gern von sich sagen, daß sie sehr human sind. Die Ablehnung der Unterhaltungsansprüche wurde damit motiviert, daß der Magistrat es ablehnt, Unterhaltungen zu geben.

Ein Stücken sozialer Arbeiterfreundschaft ist es auch, daß die in den Fabrikanten beschäftigten Frauen die Zulage von 20 Pf. nicht erhalten haben. So muß denn der zwanglose Arbeiter ausnahmsweise besonders beantragen, daß den Frauen diese Lohnaufschüßung zuteil wird. Kuglerig sind wir darauf, welche Ausrede man benutzen wird, um diese beschämende Tatsache zu verteidigen. Leicht dürfte das den Herren jedenfalls nicht fallen, denn mit einem Tagelohn von 1,50 Mk. ist die überaus schwere und samstägige Arbeit der Frauen nicht bezahlt.

Ein miserables Gebaren legen jetzt einige Betriebsleiter an den Tag. Sie haben die sonderbare Entdeckung gemacht, daß seit der letzten Lohnhöhung hier und dort minderleistungsfähige Arbeiter vorhanden sind, denen sie die Zulage vorenthalten. Auf dem Gebiete sind die Herren sogar recht demokratisch. Hier werden keine Ausnahmen gemacht. Selbst die Vorarbeiter werden vor die Wahl gestellt, entweder auf die Zulage von 20 Pf. täglich oder auf die Funktionszulage zu verzichten. Da die Funktionszulagen mehr betragen, so verzichten dann die von solcher „Arbeiterfreundschaft“ überraschten Leute lieber auf die Zulage von 20 Pf. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt eine allgemeine Lohnzulage für alle ständigen Arbeiter, der Magistrat tritt dem Beschluß bei, die Herren Betriebsleiter pfeifen auf die Beschlüsse, sie machen, was sie wollen. Auch ein Musterbeispiel der Disziplinlosigkeit, wie es nur in der Stadt Königsberg passieren kann.

Die Löhne der städtischen Arbeiter betragen nunmehr seit der Lohnhöhung vom 2. Oktober in: Lohnklasse I (Meister) 4,95 bis 6,20 Mk.; Lohnklasse II (gehobene Handwerker) 4,15 bis 5,70 Mk.; Lohnklasse III (gelernte Handwerker mit Gesellengenuß) 3,95 bis 5,20 Mk.; Lohnklasse IV (ungelernte Arbeiter, Polen und Portiers) 3,50 bis 4,50 Mk.; Lohnklasse V (ungelernte Arbeiter) 3,20 bis 3,50 Mk.

Wie schön bunt doch die Lohnklasseneinteilung ist. Auch diese Spezialität dürfte nur in Königsberg anzutreffen sein. Der Fremde konnte nun annehmen, daß diese Einteilung der Handwerker in drei Klassen, „Meister“, „gehobene“ Handwerker und „Handwerker mit „Gesellengenuß““ nur deswegen vorgenommen

wurde, um jeden nach seiner Leistungsfähigkeit zu entlohnern. Würde das der Fall sein, so wäre das nicht besonders sozial auf gehandelt, aber man könnte sich damit trösten, daß es nur die hervorragendsten Tüchtigen sind, die diese höheren Löhne beziehen. Doch weit gefehlt. Durch die Einteilung der Handwerker in drei und der Arbeiter in zwei Lohnklassen wird der Günstlingswirtschaft Tür und Tor geöffnet. Hiergegen will die gesamte Arbeiterschaft so lange ankämpfen, bis das System gestürzt ist.

Die Tarifverträge im Deutschen Reich im Jahre 1910.

Wir haben bereits in Nr. 49 der „Gewerkschaft“ eine gedrängte Übersicht über den Stand der Tarifverträge 1910 gegeben. Die nachfolgenden, dem „Correspondenzblatt“ entnommenen Ausführungen verdienen immerhin aufmerksames Studium.

I. Stand, Abbruch und Geltungsbereich der Tarifverträge, Vertragsdauer, Kündigungs- und Unterhandlungsfristen.

Die Statistik der Tarifverträge, die von der Abteilung für Arbeiterstatistik des kaiserlichen statistischen Amtes 1903 begonnen und seit 1908 als Beilage des „Reichsarbeitsblatts“ veröffentlicht wurde, hat diesmal eine Aenderung in der Erhebungs- und Erscheinungsweise erfahren. Die Erhebung wurde auf die tarifschließenden Verbände, auf die Zugehörigkeit zu diesen Verbänden, auf Vereinbarungen für Entschädigung besonderer Arbeiten, auf die tarifliche Arbeitsnachweise und auf die tarifliche Regelung der Kündigung des Arbeitsverhältnisses erstreckt. Auch erfolgt die Verarbeitung des Tarifinhalts nicht mehr in Gruppierung nach den berichtenden Verbänden, sondern nach den von den Tarifen erfaßten Verufen. Die Veröffentlichung selbst erscheint als Sonderheft zum „Reichsarbeitsblatt“ in einem 220 Seiten starken Bande. Noch immer indes beschränkt sich die Statistik auf die Feststellung des Geltungsbereichs und Inhalts der im Berichtsjahre neu abgeschlossenen oder verlängerten Tarife. Es steht indes zu erwarten, mit Hilfe der Gewerkschaften vom Jahre 1912 ab eine alljährliche Verarbeitung des gesamten Tarifbestandes zu ermöglichen, die dann die Basis einer Statistik der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bilden dürfte. Das wird den Gewerkschaften natürlich erhöhte Arbeit und Opfer aufbürden, die jedoch wie früher ebenfalls im öffentlichen als in wohlverstandenen eigenen Interesse übernommen werden dürften. Die Gewerkschaften haben schon bisher fast ausschließlich das Material für diese Statistik geliefert. „Wie in den Vorjahren“, heißt es im amtlichen Bericht, „mußte auch in diesem Jahre die Tarifstatistik im wesentlichen auf den Einsendungen der Arbeitnehmerverbände aufgebaut werden.“ Von Arbeitgeberseite gingen Angaben nur für 517 Tarife ein, noch dazu vielfach unzuverlässig und lückenhaft; von Arbeiterseite wurde dagegen über alle 4866 Tarife berichtet, wovon für 4290 Tarife die Angaben aus den Streifen der freien Gewerkschaften kamen. Die gewerkschaftlichen Angaben bezeichnen der Bericht inhaltlich als sorgfältig, erschöpfend und zuverlässig.

Am 1. Januar 1910 bestanden 6667 Tarifverträge für 178 785 Betriebe und 1 339 971 Personen. Durch Ablauf erledigten sich während des Berichtsjahres 3210 Verträge für 81 921 Betriebe und 612 671 Personen. Im Berichtsjahre traten 1896 Tarife für 112 846 Betriebe und 879 989 Personen in Kraft. Der Bestand betrug am Ende 1910: 8263 Tarife für 173 727 Betriebe und 1 361 046 Personen. Gegenüber dem Vorjahre 1909 ist eine Zunahme von 1715 Tarifen, 36 513 Betrieben und 253 608 Personen zu verzeichnen. Von den an den Tarifverträgen des Jahres 1910 beteiligten Personen gehörten 528 772 oder 38,5 Proz. den berichtenden Verbänden an.

Bei der Zählung der Tarifverträge nach berichtenden Verbänden ergeben sich naturgemäß manche Doppelzählungen, da oft mehrere Verbände an dem gleichen Tarife beteiligt sind und darüber Angaben gemacht haben. Das statistische Amt hat für Tarife, an denen auf Arbeitnehmer- oder Arbeitgeberseite mehr als je eine Organisation beteiligt ist, den bereits bestehenden Namen „Tarifgemeinschaft“ gewählt und berichtet, daß die 1896 Tarifverträge, die 1910 in Kraft traten, sich auf 3766 Tarifgemeinschaften für 73 201 Betriebe und 735 360 Personen verhielten. Gegenüber 1909 ergibt dies eine Zunahme von 1066 Tarifgemeinschaften, 18 965 Betrieben und 305 165 Personen. Die Zahl der Organisierten konnte nicht zuverlässig ermittelt werden, da für das Vorgangswesen die bezüglichen Angaben fehlten.

Die starke Zunahme der Tarifbewegung von 1910 gegenüber dem Vorjahre ist in erster Linie auf die große Bewegung im Pannergewerbe zurückzuführen, die neben dem doppelten Umfang der des Jahres 1906 und den sechsfachen des Jahres 1909 erreichte. Aber

auch in fast allen übrigen Industriegruppen war die Bewegung weit stärker als in den Vorjahren. So verzeichnete die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe 1909 für 2595, 1910 für 80946 Personen, die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel für 2053 bzw. 42292, die Bekleidungsindustrie für 4108 bzw. 43504, die Metall- und Maschinenindustrie für 3760 bzw. 36325 Personen tarifliche Regelungen. Überall sehen wir eine starke Zunahme der Tarifbewegung.

Bei 1328 Tariftgemeinschaften für 56812 Betriebe und 588814 Personen (80 Proz. der Gesamtzahl) waren auf beiden Seiten der Vertragsparteien Verbände beteiligt; bei 2354 Tariftgemeinschaften für 11925 Betriebe und 139009 Personen (18,9 Proz.) waren nur auf Arbeitnehmerseite Verbände vorhanden. Zunahmen waren an 214 Tarifen mit 11871 Betrieben und 38213 Personen beteiligt, während 227 Tarife für 8285 Betriebe und 133951 Personen nur mit einzelnen Firmen abgeschlossen wurden.

Eine Heberdatt der Tarifverträge unserer freien Gewerkschaften nach ihrem Bestand und Geltungsbereich und Art des Abschlusses zeigt für Ende 1910 7196 Tarifverträge für 127568 Betriebe und 1065681 Personen, von denen 89555 Personen ausschließlich der Pausenwerke, von denen Angaben nicht vorliegen den berichtenden Verbänden angehören. Neu abgeschlossen bzw. verlängert oder erneuert wurden davon im Jahre 1910: 4290 Tarife für 79626 Betriebe und 632056 Personen. Von diesen waren 2626 Orts-, 1061 Bezirks- und 3 Reichstarife. 2211 Tarife für 23665 Betriebe und 197382 Personen wurden erstmalig abgeschlossen, 2079 Tarife für 55888 Betriebe und 431156 Personen verlängert oder erneuert. Auf friedlichem Wege erfolgte der Abschluß für 2709 Tarife für 49937 Betriebe und 336051 Personen, während bei 1581 Tarifen für 29689 Betriebe und 295473 Personen Streiks oder Ausperrungen dem Abschluß vorausgingen. Diese Zahlen sind besonders interessant, wenn man sich dabei erinnert, daß bei der größten Tarifbewegung im Berichtsjahre, der im Pausenwerke, der Kampf einzig durch die Haltung der Arbeitgeberverbände unvermeidlich wurde. Trotzdem überwiegen die friedlichen Tarifabschlüsse auch in diesem Kampfjahre ganz erheblich.

Über die Vertragsdauer waren 1910 in 3189 Tariftgemeinschaften nähere Bestimmungen enthalten. Die größte Gruppe dieser Verträge (97,3) sind auf 3 Jahre abgeschlossen. Bei 613 betrug die Dauer bis zu 1 Jahr, bei 778 über 1 bis 2 Jahre, bei 851 über 2, aber weniger als 3 Jahre, und nur bei 271 währte die Vertragsdauer länger als 3 Jahre. Im Jahre 1909 überwiegt bei weitem die Vertragsdauer bis zu 1 1/2 Jahren. Eine Verlängerung dieser Dauer ist also der unvermeidbare Zug dieser Entwicklung.

Eine stillschweigende Verlängerung mangels vorheriger Kündigung ist in 2275 Tarifen vorgesehen. Die Dauer der Mündigkeitsfrist betrug bis zu 1 Monat bei 799 Tarifen, über 1 bis 2 Monate bei 431 Tarifen, über 2 bis 3 Monate bei 1019 Tarifen;

über 3 bis 6 Monate bei 82 Tarifen und über 6 Monate bei 8 Tarifen.

Soweit die Unterhandlungsfreien behufs Vertragsrenewierung geregelt waren, waren hierfür bei der Mehrzahl (308) der Tarife mehr als 3 Monate vorgesehen, während für 227 Tarife diese Frist nicht überschritten wurde. Wesentliche Verschiebungen seit dem Vorjahre sind in diesen Abmachungen nicht zu verzeichnen.

II. Die Lohnregelung in den Tarifverträgen.

Der Darstellung der tariflichen Lohnhöhe hat eine Feststellung der Lohnformen voranzugehen. Danach enthielten 3718 von den 3756 Tariftgemeinschaften des Jahres 1910 nähere Bestimmungen über die Lohnform, und zwar in 1228 (33 Proz.) Tarifen für 11012 Betriebe und 92748 Personen nur Zeitlohn vereinbart, in 250 (6,8 Proz.) Tarifen für 760 Betriebe und 18688 Personen nur Stücklohn und in 2240 (60,2 Proz.) für 61145 Betriebe und 622063 Personen Zeit- und Stücklohn nebeneinander. 1909 waren die entsprechenden Verhältnisfiguren 47,1 Proz., 16,8 Proz. und 35,8 Proz., 1908 dagegen 17,7, 4,6 und 47,7 Proz. Das Ergebnis ist ein erheblicher Rückgang des reinen Zeitlohns, der hauptsächlich auf die allerdings mehr formale Zulassung der gemischten Lohnform im Pausenwerke zurückzuführen ist. In letzterem war der reine Zeitlohn seither am häufigsten verbreitet gewesen. Im Berichtsjahre dagegen ist das Pausenwerke in dieser Beziehung hinter die Nahrungsmittelindustrie zurückgetreten. Der reine Stücklohn findet sich am meisten in den Bekleidungsindustrien.

Eine Bestimmung, wonach bei Stücklohn ein gewisses Lohnminimum garantiert wird, enthielten 768 Tarife für 30064 Betriebe und 166512 Arbeiter. Sie findet sich in 132 von 158 Stücklohnstarifen der Textilgewerbe, in 127 von 233 Stücklohnstarifen der Metall- und Maschinenindustrie, in 115 von 333 Stücklohnstarifen der Holzgewerbe, in 308 von 979 Stücklohnstarifen der Pausenwerke, dagegen nur in 4 von 221 Stücklohnstarifen der Bekleidungsindustrie. Eine Zunahme derartiger Garantieabmachungen ist gegenüber den Vorjahren unverkennbar.

Die Höhe der Lohnfestsetzungen wird besonders für die männlichen Arbeiter nach Stundenlohnätzen und nach Wochenlohnätzen, sowie für die Arbeiterinnen nach Stunden-, sowie Wochenlohnätzen dargestellt, und zwar immer getrennt für die gelernten und ungelernten Arbeiter. Hierzu sei bemerkt, daß bei Tarifen, in denen für gelernte bzw. für ungelernte Arbeiter gleichzeitig mehrere Lohnsätze nebeneinander vereinbart wurden, stets nur die niedrigsten Lohnsätze berücksichtigt wurden, wogegen bei Tarifen, in denen ein steigender Lohn für die spätere Tarifdauer vorausbestimmt wurde, stets dieser höchste Lohn, der während der Dauer des Tarifs erreicht wird.

Stundenlohnätze waren 1910 in 2208 Tarifen für gelernte und in 790 Tarifen für ungelernte Arbeiter vereinbart.

Gegenseitige Hilfe!

I.

Als vor einiger Zeit die Kulturwelt den Gedenktag Darwins, des großen Naturforschers, feierte, war es besonders die Presse des Unternehmertums, voran die „Deutsche Arbeitgeber Zeitung“, die einen Gegensatz zwischen Darwinismus und Sozialismus zu konstruieren suchte. Ganz zu Unrecht. Als Darwin seine knappe Formel, sein Schlagwort vom „Kampf ums Dasein“ prägte, hat er keineswegs an einen fortwährenden Kampf aller gegen alle, an ein wüßtes körperliches Aufeinanderlosstürmen gedacht. Ein Teil der Schüler Darwins erst hat die Lehre des Meisters, statt sie zu erweitern, verengt. Das geschah besonders zu der Zeit, als einige Nachfahren Darwins in dessen Lehre ein Mittel zum Kampf gegen den erstarkten Sozialismus entdeckten. Da ist besonders der sonst verdienstvolle Professor Haeckel zu nennen. „Seht euch die Natur an“, rief man den Sozialisten zu, „auch da ist überall ein unausgesetzter Kampf zu beobachten, auch da vernichten die Starken die Schwachen. Dies liegt im Interesse des Fortschritts, der Kulturentwicklung und deshalb ist der Sozialismus, der die Schwachen erhalten will, unnatürlich!“

Dieselbe Melodie wurde von der Unternehmerpresse vor kurzem erneut angestimmt, als die Öffentlichkeit sich wieder besonders mit dem Werk Darwins beschäftigte. Als ob, selbst wenn es so wäre, wie es die Gegner des Sozialismus fälschlich hinstellen, daselbst angebliche Gesetz, das in der Natur blind wirken soll, nun auch nur die mit Bewußtsein und mit Willen ihre Geschicke regelnden Menschen gelten müßte!

Indes liegen die Dinge in Wirklichkeit ganz anders. Dies durch eine große Masse gut eingeteilten Materials erneut und überzeugend nachgewiesen zu haben, ist das Verdienst des bekannten russischen Freiheitskämpfers, Naturforschers und „Anarchisten“ Peter Krapotkin. In seinem Buch: „Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt“ weist Krapotkin darauf hin, wie die Lehren Darwins vom Kampf ums Dasein durch einen Teil der Schüler des Meisters verunstaltet worden seien:

„Sie gelangten schließlich dazu, sich das Reich der Tiere als eine Welt fortwährenden Kampfes zwischen halbverhungerten Individuen vorzustellen, jedes nach des andern Blut durstend. Die moderne Literatur widerhalte von dem Kriegsruf: „Wehe den Besiegten!“ als ob das das letzte Wort moderner Biologie wäre. Sie erhoben den „erbarmungslosen“ Kampf um persönliche Vorteile zu der Höhe eines biologischen Prinzips, dem der Mensch sich ebenfalls unterwerfen müsse, aus Gefahr, andernfalls in einer Welt, die sich auf gegenseitige Vernichtung gründete, zu unterliegen.“

Krapotkin zitiert u. a. Huxley, der in einer Schrift über den „Kampf ums Dasein und seine Bedeutung für die Menschen“ geschrieben habe, daß „vom Gesichtspunkt des Moralisten die Tierwelt ungefähr auf demselben Niveau ist wie der Gladiatorenkampf. Die Kämpfer werden gut genährt und zum Kampf losgelassen, wobei der Stärkste, Behendeste und Geriebteste leben bleibt, um noch am nächsten Tag zu kämpfen. Der Zuschauer braucht keinen Daumen nicht zu heften, denn kein Pardon wird gegeben.“

Dem entgegen wird bemerkt, daß Huxleys Auffassung der Natur ebensowenig Anspruch darauf habe, als eine wissenschaftliche Beweisführung angesehen zu werden, wie die entgegengesetzte Anschauung Rousseaus, der in der Natur nur Liebe, Friede und Harmonie erblickt habe, in die der Mensch erst Zerstörung hineintrug. Auch Schüler

Danach war ein Vertragslohn von mehr als 45 Pf. pro Stunde für 76,7 Proz. der gelernten und 17,9 Proz. der ungelernten Arbeiter vorgesehen. 1909 waren die entsprechenden Verhältniszahlen 50,9 und 23,1 Proz. Zwischen 36 bis 45 Pf. bewegten sich die Stundenlohnsätze von 21,1 Proz. der gelernten und 39,1 Proz. der ungelernten Arbeiter (1909: 38,1 und 41,7 Proz.). Unter 36 Pf. standen die Lohnvereinbarungen für 2,2 Proz. der gelernten und 13,0 Proz. der ungelernten Arbeiter (1909: 11,0 und 34,9 Proz.).

Nebstlich gestaltet sich das Bild hinsichtlich der Wochenlohnfestsetzungen. Solche waren für gelernte Arbeiter in 833, für Ungelernte in 588 Tarifen vorgesehen.

Über 25 Mk. pro Woche erhob sich der tarifliche Mindestlohn für 71,1 Proz. der gelernten und 41,3 Proz. der ungelernten Arbeiter (1909: 54,6 Proz. und 36,9 Proz.). Auch hier haben die höheren Lohnklassen ganz erheblich an Raum gewonnen, was ja angesichts der starken Verteuerung aller Lebenshaltungskosten eine Notwendigkeit war.

1910 über 35 Mk. für 11,0 Proz. der gelernten und 0,4 Proz. der ungelernten Arbeiter; über 25 bis 35 Mk. bis 60,1 Proz. der gelernten und 40,9 Proz. der ungelernten Arbeiter und bis zu 25 Mk. für 28,9 Proz. der gelernten und 58,7 Proz. der ungelernten Arbeiter.

In dem Zurücktreten der niedrigeren und in dem Anwachsen der höheren Lohnklassen zeigt sich ganz deutlich der gewerkschaftliche Einfluß auf die Lohnregelung.

Stunden- und Wochenlohnfestsetzungen für weibliche Arbeiter enthielten 104 Tarife.

Hiernach hatten einen Stundenlohn von mehr als 30 Pf. 6,2 Proz. der gelernten und 11,3 Proz. der ungelernten Arbeiterinnen (1909: 12,4 Proz. bzw. 1,1 Proz.), einen solchen von 21–30 Pf. 78,6 Proz. der gelernten und 60 Proz. der ungelernten Arbeiterinnen (1909: 33,1 Proz. bzw. 18,3 Proz.) und einen solchen bis zu 20 Pf. 15,2 Proz. der gelernten und 28,7 Proz. der ungelernten Arbeiterinnen (1909: 68,5 bzw. 51 Proz.). Auch hier weist die niedrige Lohnklasse einen Rückgang auf, freilich auch die höchste. Es ist indes hierbei zu berücksichtigen, daß die kleineren statistischen Zahlen der Arbeiterinnen viel mehr von Zufälligkeiten beeinflusst werden, als die Zahlen der männlichen Arbeiter.

Soweit Wochenlöhne für Arbeiterinnen vereinbart sind, betragen sie über 15 Mk. für 50,7 Proz. der gelernten und 27,9 Proz. der ungelernten Arbeiterinnen (1909: 56,7 bzw. 1,3 Proz.); zwischen 10 bis 15 Mk. standen sie für 38 Proz. der gelernten und 44,7 Proz. der ungelernten Arbeiterinnen (1909: 21,6 Proz. bzw. 70,8 Proz.) und bis zu 10 Mk. für 11,3 Proz. der gelernten und 27,1 Proz. der ungelernten Arbeiterinnen (1909: 41 bzw. 27,9 Proz.). Die Schlässe sind im wesentlichen die gleichen wie hinsichtlich der Stundenlohnsätze der Arbeiterinnen.

Neben den Stunden- bzw. Wochenlöhnen regeln die Tarifverträge vielfach die Lohnzuschläge für Überstunden-, Nacht- und Sonntagsarbeit sowie für besonders schwierige, ungesunde oder schmutzige Arbeiten.

Lohnzuschläge für männliche Arbeiter wurden 1910 in 2560 Tarifen vereinbart. Für Überstundenarbeit wurden Lohnzulagen pro Stunde bis 20 Pf. in 1408, über 20 Pf. in 49 Tarifen vereinbart. Prozentuale Bemessungen (in Prozent des Stundenlohnes) fanden sich bis 10 Proz. in 48 Tarifen, über 10 bis 20 Proz. in 101 Tarifen, über 20 bis 30 Proz. in 880 Tarifen und über 30 Prozent in einem Tarif.

Für Sonntagsarbeit waren Lohnzuschläge in Pfennigen pro Stunde vereinbart: bis 20 Pf. in 834 Tarifen, über 20 bis 30 Pf. in 160 Tarifen, über 30 bis 40 Pf. in 35 Tarifen, über 40 bis 50 Pf. in 22 Tarifen und über 50 Pf. in 20 Tarifen. An Lohnprozenten berechnet fanden sich solche bis 10 Proz. in 9 Tarifen, über 10 bis 20 Proz. in 32 Tarifen, über 20 bis 50 Proz. in 810 Tarifen und über 50 Proz. in 200 Tarifen.

Für Nachtarbeit gab es Lohnzuschläge pro Stunde bis 20 Pf. in 807 Tarifen, über 20 bis 30 Pf. in 179 Tarifen, über 30 bis 40 Pf. in 28 Tarifen, über 40 bis 50 Pf. in 27 Tarifen und über 50 Pf. in 22 Tarifen. Nach Lohnprozenten bemessen hatten bis 10 Proz. 11 Tarife, über 10 bis 20 Proz. 18 Tarife, über 20 bis 50 Prozent 818 Tarife und über 50 Proz. 68 Tarife.

Für sonstige besondere Arbeiten endlich waren Lohnzulagen vorgesehen: bis 20 Pf. in 705 Tarifen, über 20 Pf. in 25 Tarifen und bis 10 Proz. in 8 Tarifen, über 10 bis 20 Proz. in 7 Tarifen, über 20 bis 50 Proz. in 75 Tarifen und über 50 Proz. in 18 Tarifen.

Die Lohnzuschläge für Arbeiterinnen sind verhältnismäßig selten und für die Statistik von minderer Bedeutung.

Zum ersten Male im Reichsstatistikjahr bringt die amtliche Statistik auch einen Vergleich zwischen dem Stand der ortsüblichen Tagelöhne für erwachsene männliche Arbeiter (Dezember 1910) und dem der tariflichen Mindestlöhne für erwachsene männliche Arbeiter. Die Nachweisungen der amtlichen Statistik hierüber umfassen tabellarisch 96 Seiten. Die amtlichen Nachweisungen erstrecken sich auf 57 Berufsgruppen.

Der allgemeine Eindruck ist zunächst der, daß die ortsüblichen Tagelöhne fast durchweg ganz erheblich hinter der Entwicklung der Lohnverhältnisse zurückgeblieben sind und vielfach nicht entfernt mehr den Verhältnissen des Arbeitsmarktes wie auch den gesteigerten Lebenshaltungskosten entsprechen. So beträgt z. B. in Preußen der Stundenlohn eines Maurers 17,1 Proz. Stadtkreis (Geldwerten), bis 35,3 Proz. (Preis Sondertrag) des ortsüblichen Tagelohnes der betreffenden Kreise, also bei einer zehnstündigen Arbeitsdauer der Tagelohn 171 bis 353 Prozent des ortsüblichen Tagelohnes. In Bayern finden wir Unterschiede für den Zehn-

gab dieser Auffassung gelegentlich Ausdruck: „Die Welt ist voll kommen überall, wo der Mensch nicht hinkommt mit seiner Qual.“

Kropotkin weist darauf hin, einen wie großen Raum das Gesellschaftsleben im Dasein der Tiere einnehme. „Rouffeuau hatte den Irrtum begangen, den Schnabel- und Krallenkampf außer acht zu lassen, und Hugley beging den entgegengesetzten Irrtum.“ „Sobald wir die Tiere zu unserem Studium machen, nicht nur in Laboratorien und Museen, sondern in Wäldern und Prärien, in den Steppen und im Gebirge, bemerken wir sofort, daß trotz ungeheurer Vernichtungskriege zwischen den verschiedenen Arten und besonders zwischen den verschiedenen Klassen der Tiere, zugleich in ebenso hohem Maße, ja vielleicht noch mehr, gegenseitige Unterstützung, gegenseitige Hilfe und gegenseitige Verteidigung unter Tieren, die zu derselben Art oder wenigstens zur selben Gesellschaft gehören, zu finden ist. Gefelligkeit ist ebenso ein Naturgesetz wie gegenseitiger Kampf. Natürlich wäre es außerordentlich schwierig, auch nur ungefähr die relative numerische Wichtigkeit dieser beiden Reichen von Tatsachen zu bestimmen. Aber wenn wir uns an einen indirekten Beweis halten und die Natur fragen: „Wer sind die Passenbsten: sie, die fortwährend miteinander Krieg führen oder sie, die einander unterstützen“, so sehen wir sofort, daß diejenigen Tiere, die Gewohnheiten gegenseitiger Hilfe annehmen, zweifellos die Passenbsten sind. Es bestehen für sie am meisten Möglichkeiten, zu überleben, und sie erlangen in den betreffenden Klassen die höchste Entwicklung der Intelligenz und körperlichen Organisation. Wenn wir die zahllosen Tatsachen, womit diese Ansicht gestützt werden könnte, in Betracht ziehen, so können wir ruhig sagen, daß gegenseitige Hilfe ebenso ein Gesetz in der Tierwelt ist als gegenseitiger Kampf; jene aber als Entwicklungsfaktor höchstwahrscheinlich eine weit größere Bedeutung hat, insofern sie die Entfaltung solcher Ge-

wohnheiten und Eigentümlichkeiten begünstigt, die der Erhaltung und Weiterentwicklung der Arten, zusammen mit dem größten Wohlstand und Lebensgenuss für den einzelnen, beim geringsten Kraftaufwand, sichern.“

Kropotkin konnte, obwohl er „emig darauf achtete, nicht jenen erbitterten Kampf um die Existenzmittel zwischen Tieren, die zur gleichen Art gehören, entdecken.“ „Spärliche Verteilung von Lebensnahrung auf weitem Raum, Untervöllerung und nicht Übervöllerung“ schwächen die Art. „Auf der anderen Seite, wo ich auch immer das Tierleben in reicher Fülle auf engem Raum beobachtete, wie z. B. auf den Seen, wo unzählige Arten und Millionen von Individuen zusammentamen, um ihre Nachkommenschaft aufzuziehen; wie in den Kolonien der Nagetiere; wie bei den Wanderungen von Vögeln, die zu jener Zeit in wahrhaft amerikanischem Maßstabe dem Urtum entlang erfolgten; wie namentlich bei einer Wanderung von Damhirschen, die ich am Amur beobachtete konnte und während deren Tausende dieser intelligenten Tiere von einem unermesslichen Gebiete sich sammelten, um dem drohenden Schnee zu entfliehen und den Amur an seiner schmälsten Stelle zu überschreiten — in all diesen Szenen des Tierlebens, die sich vor meinen Augen abspielten, sah ich gegenseitige Hilfe und gegenseitige Unterstützung sich in einem Maße betätigen, daß ich in ihnen einen Faktor von größter Wichtigkeit für die Erhaltung des Lebens und jeder Spezies und ihrer Fortentwicklung zu ahnen begann. Endlich sah ich bei den halbwildten Kindern und Pferden in Transbaikalien, überall bei den wilden Wiederkäuern, bei den Eichhörnchen und in zahlreichen anderen Fällen, daß, wo Tiere infolge der eben erwähnten Ursachen mit Mangel an Futter zu kämpfen hatten, der gesamte Teil der Spezies, der von dem Unglück betroffen war, aus der Prüfung derartig gebrochen an Kraft und Gesundheit hervor-

Hunderttag von 160 Proz. (Bamberg) bis zu 260 Proz. (Kulmbach). In Sachsen verdient ein Maurer in Blauen 177 Proz., in Leipzig 200 Proz., in Württemberg 169 Proz. (Stuttgart) und 173 Proz. (Freudenstadt), in Hamburg 250 Proz., in Lübeck 203 Proz., in Bremen 216 bis 222 Proz. des ortsüblichen Tagelohnes. Freilich gibt es auch Fälle, in denen die tariflichen Mindestlohnsätze sich nicht wesentlich über den ortsüblichen Tagelohn eines gewöhnlichen erwachsenen Arbeiters erheben oder selbst dahinter zurückbleiben. Es sind auch nicht immer bloß die ungelerten Arbeiter, auf welche das zutrifft, sondern mehrfach sind es gerade gelernte Arbeitergruppen, deren Lohnverhältnisse so sehr zurückblieben, daß selbst ein ungelerner Arbeiter im gleichen Bezirk weit mehr verdient. Auch diese Lohrerhöhung gewinnt wesentlich an Wert, wenn sie sich erst über die gesamten Tarifverträge erstreckt und ihre Ergebnisse dann mit denen früherer Jahre verglichen werden können. In wenigen Jahren wird dies möglich sein; aber schon heute ist mit dieser Zusammenstellung ein schätzenswerter Anfang zu einer Lohnstatistik gemacht, die sich freilich auf die vertragliche Regelung der Lohnsätze beschränkt.

Deutsche Geschichte.

Dem in Nummer 22 Jahrgang 1910 der „Gewerkschaft“ besprochenen ersten Teil des von Dr. Mehring herausgegebenen Zeitfadens zur deutschen Geschichte ist vor einiger Zeit der zweite Teil gefolgt.^{*)} In fahnen Strichen zeichnet hier der Verfasser die Geschichte 1,25 Ml. deutsche Geschichte und vornehmlich die der deutschen Sozialdemokratie von der französischen Julirevolution 1830 bis zum Fall des Sozialistengesetzes 1890.

Das Buch beginnt mit dem vierten Abschnitt, das den Beginn einer neuen Weltwende, den weltgeschichtlichen Kampf des Proletariats zeigt. Den Kämpfen der Arbeiter war es zu danken, daß durch die Pariser Julirevolution der Junker- und Pfaffenwirtschaft der Vourbonen ein Ende gemacht wurde. Dafür wurden sie auch von der Bourgeoisie um die Früchte des Sieges betrogen. Statt der Republik richtete sich das Bürgertum, unter Louis Philipp, dem bisherigen Herzog von Orleans, ein ihm willfähriges Bürger-Königtum ein. Unter Zug und Trug war die neue Regierung zustande gekommen und mit einer schamlosen Spießwirtschaft, mit Entziehung der politischen Rechte, vor allem der Wahl- und Vereinsfreiheit trieb sie ihr Regiment. Kurze Zeit darauf, 1832, brach ein Aufstand der hungernden Pariser Seidenweberei aus, dem 1834 ein zweiter folgte. 1839 brach ein Aufstand der ge-

*) Franz Mehring: Deutsche Geschichte II. Vom Ausgang des Mittelalters. Ein Zeitfaden für Lernende und Lehrende. Berlin 1911. Buchhandlung Vorwärts. Preis 1,50 Ml.

geht, daß keine fortschrittliche Entwicklung der Art auf solche Perioden heftigen Kampfes zurückgeführt werden kann.“

Krapotkin kommt auf Grund seiner Beobachtungen zu dem Schluß, daß in der Natur „nicht mehr Krieg geführt wird, als unumgänglich notwendig ist“. Als Regel gilt das Naturgesetz des gesellschaftlichen Lebens bei den Tieren, das seine höchste Stufe mit den höheren Wirbeltieren erreicht. „Die Arten, deren Individuen isoliert oder nur in kleinen Familien leben, sind verhältnismäßig selten und die Zahl ihrer Glieder ist gering.“ „Das Gesellschaftsleben setzt die schwächsten Insekten, Vögel und Säugetiere instand, den schrecklichen Vögeln und Raubtieren Widerstand zu leisten oder sich vor ihnen zu schützen, es verschafft langes Leben, es setzt die Art in stand, ihre Nachkommen mit möglichst geringem Kraftaufwand aufzuziehen und ihre Zahl ungeachtet sehr langsam einander folgender Geburten zu vergrößern; es verleiht die Herdentiere, sich auf der Suche nach neuen Wohnungen auf die Wanderlust zu begeben. Daher behaupten wir, obwohl wir völlig zugeben, daß Kraft, Schnelligkeit, Schusskraft, List und Ausdauer im Übertragen von Hunger und Kälte, die von Darwin und Wallace angeführt werden, lauter Eigenschaften sind, die das Individuum oder die Art in bestimmten Fällen zu den geeignetsten machen, daß in allen Fällen die Gesellschaft der größte Vorteil im Kampf ums Dasein ist. Solche Arten, die sie gezwungen oder freiwillig aufgeben, sind zum Niedergange verurteilt, während solche Tiere, die es am besten verstehen, sich zusammenzuschließen, die größten Ausfälle haben, zu überleben und sich weiter zu entwickeln, auch wenn sie weniger als andere mit jeder von den Eigenschaften (mit Ausnahme der intellektuellen Fähigkeiten) begabt sind, die Darwin und Wallace aufzählen. Die höchsten Wirbeltiere und besonders die Menschen

heinen Gesellschaft der Jahreszeiten nach scheinbarem Gelingen zusammen. In England hatte 1832 das Proletariat den Mittelklassen den Eintritt in das Parlament ertümpelt. 1835 verjagte es sich zum ersten Male die politische Macht zu erobern, nachdem es bereits 1824 das Konstitutionsrecht errungen hatte. In London trat ein Arbeiterbund zusammen, der als sein Programm eine Volkscharte entwarf, das allgemeines und gleiches Stimmrecht, jährliche Parlamentswahlen, Stäten für die Abgeordneten und Wählbarkeit jedes Wählers verlangte. Dieser Chartismus scheiterte aber einmal daran, daß sich die Gewerkschaften dieser Bewegung fernhielten, in der Hauptsache aber am Mangel eines klaren Endziels.

In Deutschland hatten diese Bewegungen zunächst wenig Nachhall hervorgerufen. Die wirtschaftliche Entwicklung lag hier noch weiter zurück. Erst der 1834 gegründete preussisch-deutsche Zollverein hob die politische Zersplittertheit Deutschlands zu einem kleinen Teile auf und der Bau von Eisenbahnen gab der ökonomischen Entwicklung einen kräftigen Anstoß. Die Metternichsche und Kobenzlernerische Reaktion mit ihrer Preßknechtung jagte die revolutionäre Literatur entweder nach dem Auslande oder ließ sie sich hinter die mittelalterliche Momantik verhehlen. Die revolutionäre Philosophie vertrat besonders Ludwig Feuerbach. Er setzte, entgegen der Bibelreligion, den Menschen wieder in seine Rechte ein, indem er sagte: „... Der Mensch ist dem Menschen das höchste Wesen. Es gibt nichts außer den Menschen und der Natur; die himmlischen Wesen sind nur Schöpfungen der menschlichen Phantasie. ... Wie der Mensch das höchste Wesen ist, so ist das höchste Gesetz des Menschen nicht die Gottes-, sondern die Menschenliebe.“ Das deutsche Proletariat regte sich zuerst im Auslande. In Paris gründeten deutsche Sanftmänner den Bund der Gerechten, der später in den Bund der Gerechten umgewandelt wurde, aus dem wieder der Bund der Kommunisten hervorging. In der Schweiz entstand das Junge Deutschland, das sich an das Junge Europa unter Leitung des Italiener Mazzini angeschlossen. Bald stand auch Weitling auf, der erste deutsche Proletarier, der bahnbrechend in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gewirkt hat. Er trieb seine Agitation vornehmlich in der Schweiz und sah hauptsächlich in der wachsenden Verelendung der Massen und ihrer Verzwelung den wirtschaftlichen Uebel der Revolution. Dabei rechnete er sogar auf das Lumpenproletariat. Bald sollten auch in Deutschland Revolten ausbrechen. Es waren vornehmlich Hungeraufstände, wovon der schließliche Verfassungstand von 1841 der bedeutendste war. In diese Zeit fällt auch das erste in die Öffentlichkeit Treten von Marx und Engels, der beiden Männer, die die Arbeiterbewegung und den Sozialismus vom utopischen auf wissenschaftlichen Grund und Boden gestellt haben. Mit einem bewunderungswürdigen Scharfsinn sah Marx schon 1841 voraus, daß der bürgerliche Freiheitskampf im Lande verlaufen, der der Arbeiterklasse sich hingegen um so kräftiger entwickeln werde.

find der beste Beweis für diese Behauptung. Was die Gabe des Intellekts angeht, so wird jeder Darwinist, ebenso wie er mit Darwin erklärt, daß er die mächtige Waffe im Kampf ums Dasein und der mächtigste Faktor zu fernerer Entwicklung ist, zugeben, daß die Intelligenz eine eminent soziale Eigenschaft ist.“

„Des ferneren ist klar, daß das Gesellschaftsleben völlig unmöglich wäre, wenn ihm nicht eine Entwicklung der sozialen Gefühle und hauptsächlich eines gewissen Kollektivismus für Gerechtigkeit, der mehr und mehr zur Gewohnheit wird, entspräche. Wenn jedes Individuum fortwährend seine persönlichen Vorteile ausnützte, ohne daß die anderen zugunsten der Geschädigten Einspruch erhoben, wäre kein Gesellschaftsleben möglich.“

„Streitet nicht!“, so schließt Krapotkin seine Schilderungen der gegenseitigen Hilfe bei den Tieren. „Streit und Konkurrenz ist der Art immer schädlich, und ihr habt reichlich die Mittel, sie zu vermeiden!“ Das ist die Tendenz der Natur, die nicht immer völlig verwirklicht wird, aber immer wirksam ist. Das ist die Parole, die aus dem Busch, dem Wald, dem Fluß, dem Ozean zu uns kommt. „Daher vereinigt euch, übt gegenseitige Hilfe!“ Das ist das sicherste Mittel, um all und jedem die größte Sicherheit, die beste Garantie der Existenz und des Fortschrittes zu geben, körperlich, geistig und moralisch.“ Das ist es, was die Natur uns lehrt, und das ist es, was alle die Tiere, die die höchste Stufe in ihren Klassen erreicht haben, getan haben. Das ist es auch, was der Mensch — der primitivste Mensch — getan hat; und darum hat der Mensch die Stufe erreicht, auf der wir jetzt stehen, wie wir in den folgenden Kapiteln sehen werden, die der gegenseitigen Hilfe in menschlichen Gesellschaften gewidmet sind.“

Doch darüber in einem zweiten Artikel.

Der fünfte Abschnitt schildert zunächst die Märzrevolution. Die überaus drückende Lage des Volkes wurde noch verstärkt durch die 1847 hereinbrechende Handelskrise und eine Reihe von Missernten. Da legten im Februar 1848 Pariser Arbeiter den Thron Louis Philipps hinweg, die Wiener Revolution jagte am 13. März den nahezu allmächtigen Staatskanzler Metternich zum Teufel und der 18. März brachte nach bürgerlichem Parteifadentampfe in Berlin neben anderen Reformen auch dem preussischen Volke die schon längst versprochene Verfassung. Die bald einsetzende Gegenrevolution hat dann, begünstigt durch die schwächliche Haltung des Bürgertums, die Verfassung zu einer Karikatur verfrümmelt. In die Revolutionszeit fiel auch die erste Periode der deutschen Arbeiterbewegung. Am 19. April 1848 bildete sich in Berlin ein Zentralkomitee für Arbeiter unter der geschickten Leitung des jungen Schriftstellers Stephan Born, der Beziehungen zu Marx und Engels unterhielt. Zahlreiche Streiks wurden geführt, die zu dauernden Anläufen gewerkschaftlicher Bewegung, besonders bei den Buchbinder- und Tabakarbeitern führten. Die Herrlichkeit hat allerdings nicht lange gewährt. Auf Verreiben der Schwarzemacher, besonders Bismarcks, verpöndelte der Bundesrat in Frankfurt a. M. sämtliche deutsche Regierungen, alle noch bestehenden Arbeitervereine zu unterdrücken und die Bildung neuer Vereine bei Strafe zu verbieten. Es braucht nicht extra gesagt zu werden, daß die diversen Regierungen diesem Wunsche nur zu bereitwillig nachkamen, wie ja überhaupt die fünfziger Jahre die Zeit schwärzester Reaktion des neuzeitlichen Preussens gewesen sind. Am Schluß dieses Abschnitts widmet Meßring noch ein besonderes Kapitel dem Gründer der deutschen Sozialdemokratie: Ferdinand Lassalle.

Der sechste Abschnitt schildert dann die Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins; die Herrschaft Bismarcks während der Konfliktzeit; die Gründung des Norddeutschen Bundes; Bismarcks und Babels erstes Wirken in der modernen Arbeiterbewegung; die Gründung der Sächsischen Volkspartei und der späteren sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach und deren Gegensatz zum Allgemeinen deutschen Arbeiterverein. Das letzte Kapitel schildert die Kriegen zum Deutsch-Französischen Kriege, wobei sich Bismarck als geschickter Tölpelentfälscher entpuppt; die Reichsgründung; die Reichstagswahlen von 1871 und der beginnende Kampf Bismarcks gegen die Sozialdemokratie.

Der siebente und letzte Abschnitt behandelt den Gründungsjahrsrückblick in den ersten hundert Jahren und den Kulturkampf. Die immer heftiger werdende Verdrängung der beiden Zweige der Arbeiterbewegung bringen die Einigung der Lassalleaner und Eisenachener mit sich. Es folgen dann die Attentate Söbels und Nobels und das darauffolgende Sozialistengesetz mit all seinen Schrecken, Schikanen und Verfolgungen. Und schließlich der Fall des Sozialgesetzes mit dem ihm nachfolgenden Reichstag.

Wer sich in die deutsche Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts, vor allem aber in die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung überhaupt vertiefen will, dem sei das vorliegende Buch zum ersten Studium aufs beste empfohlen.

G. R.

• Aus Politik und Volkswirtschaft •

Vom Reichstag.

Berlin, 6. Dezember 1911.

Am Dienstag, den 5. Dezember, nachmittags 1½ Uhr, ist der Reichstag, der im Januar 1907 das Licht der Welt erblickt hatte, sanft entschlafen. Am seinem Todeslager stand der längste aller bisherigen deutschen Kanzler, Herr von Bethmann-Hollweg mit allen seinen „nachgeordneten Jünglingen“ und bat ihn mit trüblicher Miene die Augen zuerschließen. Nun endlich in die Bahn frei, einen neuen, heiligen, freibewilligten und volkreichen Reichstag zu schaffen.

Über der Arbeit des Reichstages in den letzten zwei Tagen stand die Parole Mehrarbeit. Tugende von mehr oder weniger wichtigen Angelegenheiten, darunter die dritte Lesung des Sozialrechts- und Privatversicherungsänderungs-Gesetzes, wurden im Handumdrehen, meist ohne jede Debatte erledigt angenommen. Die Abgeordneten hielten sich für verpflichtet, die Reichstagsarbeit in der Hand an ihren Plätzen. Da war, kein Zeit mehr zu gewinnen. Und war es schließlich nicht möglich. Die Majorität sollte längst entschieden, wie die noch zu behandelnden Angelegenheiten erledigt werden sollten, und gegen ihren erdrückenden Willen war nichts zu machen. So war es nun zu feststehend, daß die letzten Debatten nicht mehr aufstiegen.

Nur bei zwei Gelegenheiten brach die alte Rede- und Streitart

durch. Am vorletzten Tage, als der Staatssekretär des Reichschatz-amtes, Herr Bermuth, plötzlich ein überaus rosiges Bild von der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches entwarf, natürlich absichtlich, mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen: das Volk soll dadurch abermals in Gutgläubigkeit gewiegt werden. Die blau-schwarzen Blockparteien jubelten diesen Darlegungen zu und untertruden sie durch viele Bravo's. Die Liberalen und Sozialdemokraten nannten sie bei dem Namen, den sie allein verdienten, dem einer Wahrrede. Schließlich überhaufen sich die Blau-Schwarzen und die sozialdemokratischen Liberalen gegenseitig mit bittersten Vorwürfen, wer eigentlich schuld an der Verdrängung, vom Volk so laut verfluchten Reichsfinanzreform sei. Die Sozialdemokraten waren dabei die lachenden Dritten und sagten beiden das, was allein die Wahrheit ist, daß nämlich beide gleichermaßen schuld an dem Volksbetrug der neuen 400 Millionen-Steuern sind.

Am letzten Tage lebte dann die Karokodebatte noch einmal wieder auf. Und wieder war es ein Minister, diesmal sogar der Minister Oberster, der Reichsfinanzminister selbst, der sie anzettelt, indem er auf die Reden der englischen Minister im englischen Parlament die deutsche Antwort erteilt. Wie auch wir vom Standpunkt der sozialdemokratischen Partei aus zugehen dürfen, war seine Rede maßvoll, ruhig, ohne Drohungen an England, friedfertig und verständlich. Die deutschen Arbeiter erwarten nunmehr bestimmt, daß der Karokorummel endgültig zu Ende ist. Sollte man von irgendeiner Seite her versuchen, ihn abermals, etwa gar für den Wahlkampf, als Wahlparole, lebendig zu machen, so sind sie sehr entschlossen, mit Meulen zwischen solche Friedensstörer zu schlagen. Das deutsche Volk will in seiner erdrückenden Mehrheit nichts wie einen ehrlichen Frieden.

Zum Schluß sei es erlaubt, noch einen kurzen Rückblick auf die gesamte Tätigkeit des Reichstages zu werfen. Man darf hierüber sein Urteil kurz dahin zusammenfassen, daß kein Reichstag so wenig von dem gehalten, was er verspricht, wie dieser. Er hat mit einem Wort in allen wichtigen Angelegenheiten geradezu eine Politik des Lugs und des Betrugs gegen das Volk getrieben. Der Schwindel begann schon beim Wahlkampf vor fünf Jahren. Die bürgerlichen Parteien versicherten damals sämtlich die patriotischen Leidenshaften des Volkes auf, indem sie die Kolonie Südwestafrika als durch die aufstrebenden Schwarzen für Deutschland gefährdet erklärten. Sie stellten diese Kolonie hin als ein Land, in dem Nichts und Böses nicht, für das das Volk alle Opfer zu bringen habe. Es war Lüge und Trug; heute sind alle die glänzenden Bilder von Südwestafrika längst in nichts zerfallen. Der Reichsfinanzminister hat darauf ein neues angeblich freibewilligtes Vereinsgesetz. Heute wissen wir, daß es so freibewillig ist, daß man mit seiner Hilfe die Polen mundtot zu machen und die proletarische Jugendbewegung aufs schärfste zu verfolgen vermag. Dann kam die berühmte, auch in diesem Reichstag schon genannte Reichsfinanzreform. Bei den Wahlen hatte man versprochen, für den Fall, daß neue Steuern nötig würden, nur die starken, leistungsfähigen Schultern der Besitzenden zu belasten. Als es zum Schlappen kam, wurden die nicht arbeitenden Klassen mit einer Steuerlast von mehr als 400 Millionen Mark bedacht, die Besitzenden aber gänzlich freigelassen; zum Schein wurde für sie eine Einkommensteuer von 5 Millionen Mark beibehalten. Das war der infamste Wortbruch, der denkbar war. Ähnlich verfuhr man bei der Reichsrentenreform. Wider sein gegebenes Wort schuf man größte Erschwerungen von dieser Steuer für die Großgrundbesitzer; die Landesrenten wurden von der ganz befreit. In einer Verhöhnung des Volkes ist die neue Reichsversicherungsordnung geworden. Eingeweiht in allerband Schein und Meinversteckung enthält sie für die Zukunft der kranken, invaliden, alten oder von Unfall betroffenen Arbeiter eine Fülle schwerer, heimlicher Nachteile, die erst später in ihrer ganzen brutalen Wirkung zutage treten werden. Man tat das, weil man auf diese Weise eine Menge etwaiger neuer Lasten von dem Geldbeutel der Besitzenden fernhalten imstande war.

Nun aber ist die Stunde der Abrechnung mit diesem Reichstag nahe herbeigekommen. Am 12. Januar 1912 wird die Reichstagswahl sein. An diesem Tage lebte keiner.

F. Götze.

Parteiorgan und sozialdemokratische Reichstagsfraktion erlassen in der Tagespresse einen Aufruf an die Reichstagswähler, worin die sozialdemokratischen Forderungen wie folgt bekanntgegeben werden:

Demokratisierung des Staats in allen seinen Verfassungen, freie Wahl für die Entlohnung aller politischen Ämter und Ämthalter, freie Wahl, die jeder Person an die rechte Stelle.

Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht vom vollendeten 20. Lebensjahre an für alle Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, und für alle Stimmfähiger. Reichstagswahl zur Ergänzung der mit der heutigen Wahlkreisverteilung verknüpften fahrenden Ungerechtigkeit.

Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems. Volle Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und der Staatssekretäre. Bildung eines Ausschusses durch den Reichstag für die Kontrolle der auswärtigen Politik. Mitentscheidung der Volksvertretung über Krieg und Frieden. Zustimmung des Reichstags zu allen Staatsverträgen.

Organisierung der Landesverteidigung auf demokratischer Grundlage. Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht für alle wehrfähigen Männer. Herabsetzung der Dienstzeit auf das zur Ausbildung für die Landesverteidigung unumgänglich notwendige Maß. Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit. Beseitigung des Vorrechts des einjährig-freiwilligen Dienstes. Abschaffung alles Brunkes und aller kostspieligen Uniformierung in Armee und Flotte.

Kämpfung der Klassenjustiz und Verwaltungs- und Justizreform. Reform des Strafrechts, der Strafprozessordnung, des Verwaltungsrechts und des Strafvollzugs im Sinne modernster Kultur- und Rechtsauffassung. Beseitigung aller Ausnahmegeetze und ausnahmsrechtlichen Verwaltungsmahregeln.

Sicherung des Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrechtes für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, von Arbeitsämtern und Arbeiterkammern. Wahl der Beisitzer durch die Interessierten auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. — Ausbau der Gewerbeinspektion durch Zuziehung von Arbeitern und Arbeiterinnen als Hilfsorgane. — Gesetzlich festgelegter Normalarbeitstag von acht Stunden. Weitere Verkürzung der Arbeitszeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben.

Reform der Arbeiterversicherung. Aufhebung der Benachteiligung der ländlichen Arbeiter und der Dienstboten, direkte Wahl der Vertreter, Erweiterung des Rechtes der Arbeiter in den Vertretungskörpern, Erhöhung der Leistungen, Herabsetzung des Alters für den Bezug der Altersrente von dem 70. auf das 65. Lebensjahr, auskömmliche Schwangeren- und Wöchnerinnenunterstützung, Erbsparnisse und unentgeltliche Hebammen- und Arztbesuche.

Volle Religionsfreiheit. Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche. Keinerlei Unterstützungen aus öffentlichen Mitteln für kirchliche Zwecke.

Allgemeine unentgeltliche Volksschule als Grundlage des gesamten Bildungswesens (Einheitschule). Unentgeltlichkeit der Lernmittel. Freiheit für Kunst und Wissenschaft.

Herabsetzung und schließlich Beseitigung der indirekten Steuern und Aufhebung der Lebensmittelzölle. Beseitigung der Zölle auf Futtermittel. Aufhebung der Einfuhrschranken. Beseitigung der Kontrolle bei Einfuhr von Vieh, Geflügel und Fleisch auf die unumgänglich notwendigen sanitären Maßregeln. Entsprechenden Abbau der Industriezölle, welche die Sonderzölle und Ringbildung begünstigen und dahin führen, deutsche Industrieerzeugnisse billig dem Auslande zu liefern und sie dem inländischen Verbraucher um so teurer zu verkaufen.

Unterbrechung aller Maßregeln, die Handel und Verkehr fördern. Aufhebung der Fabrikarbeitssteuer und des Frachtbriefstempels.

Stufenweise steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuern, zumal diese Heranziehung der Wohlhabenden und Reichen zugleich das wirksamste Mittel ist, den Schrei unserer zahlungsunfähigen Patrioten nach immer neuen Steuer- und Abgabenvermehrungen zu dämpfen.

Innere Kolonisation zwecks Steigerung der Erzeugung von Nahrungsmitteln. Ueberführung des Großgrundbesitzes in Gemeineigentum. Gründung und Förderung von staatlichen Musteranpflanzungen und Landwirtschaftsschulen. Urbarmachung der Moore, des Sumpfs, Fehs und Unlandes. Abwehr aller Versuche, die Unterjochung und Ausbeutung fremder Völker durch die Mittel der Kolonialpolitik herbeizuführen.

Dieses politische Programm zeigt mit aller Deutlichkeit, welche Partei die Arbeiterinteressen vertritt.

• Aus den Stadtparlamenten •

Dresden. Die Stadtverordneten beschlossen die Herabsetzung der durchschnittlichen Dienstreise der Kassierer und Führer der städtischen Straßenbahn um 10 Minuten täglich. Für die Stadt entsteht dadurch ein jährlicher Mehraufwand von 51 000 Mk. Ferner wurde für die Signal- und Streckenwärter an der Straßenbahn eine geringe Lohnaufbesserung beschlossen. Beide Beschlüsse sind Folgen der fortgesetzten Anregungen und Antriebe, die von den Sozialdemokraten im Kollegium bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Straßenbahner erfolgten. Es hat wenigstens etwas geholfen.

Gera (Neuh). Nachdem der Stadtrat bereits vor kurzem für einige städtische Arbeiterkategorien eine minimale Lohn-erhöhung bewilligt, hatte sich am 8. Dezember d. J. der Gemeinderat mit einem Gesuch der städtischen Handwerker und Arbeiter zu beschäftigen. Wegen dem entschiedenen

Widerspruch des Oberbürgermeisters Dr. Huhn wurde nach längerer Debatte folgender von der sozialdemokratischen Fraktion gestellter Antrag gegen wenige Stimmen angenommen: „Der Stadtrat wird ersucht: 1. In der alten Gasanstalt für die Handwerker und Arbeiter, die in Wechselrhythmus stehen, ab 1. Januar 1912 den achtstündigen Arbeitstag, ohne Kürzung des Lohnes, zur Durchführung zu bringen. 2. Zur Regelung und Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der in städtischen Diensten stehenden Handwerker und Arbeiter dem Gemeinderat baldmöglichst eine Vorlage zu unterbreiten, nach der die Anstellung, Entlassung, Entlohnung, Arbeitszeit, Einsetzung von Arbeiterausschüssen, Fortzahlung des Lohnes in Krankheitsfällen, Gewährung von Urlaub, die Vergünstigungen nach § 616 B. G. B. und event. eine Alters- und Hinterbliebenenversorgung einheitlich geregelt wird. 3. Eine Zusammenstellung vorzulegen über die Zahl, Lohnhöhe und Dauer der Beschäftigung der in den einzelnen Betrieben beschäftigten Personen.“ Die Mehrheit der Gemeinderatsmitglieder in Gera sind Sozialdemokraten, die Anstellung, Entlassung usw. der städtischen Arbeiter ist aber Sache des Stadtrates. Auf den Erfolg des vorerwähnten angenommenen Antrages sind wir gespannt.

Glauchau. Rat und Stadtverordnete haben beschlossen, vorläufig auf die Dauer eines Vierteljahres eine Feuerungszulage zu gewähren. Ledige Arbeiter sollen eine tägliche Zulage von 10 Pf., verheiratete Arbeiter mit drei Kindern 20 Pf., solche mit mehr als drei Kindern 30 Pf. täglich erhalten. Insgesamt haben die Stadtverordneten — 2000 Mk. bewilligt.

Mainz. Nach Anhörung der verschiedenen Deputationen und nach langem Feilschen beschloß die Stadtverwaltung in Mainz, für etwa 200 gelehrte Arbeiter 6000 Mk. als Lohnzulagen bereitzustellen. Dabei soll bei dieser horrenden Aufbesserung noch „befriedigende Leistung und gute dienstliche Führung“ Voraussetzung sein. Was hier an 200 Personen ausgeteilt werden soll, das empfangen zwei der städtischen Regenten auf einmal als Gehaltszulage, ohne daß an ihre Leistungen eine Verbindung geknüpft ist. — In der Regel werden solche „Penzen“ auch nur zu Schikanen für unsere Kollegen benützt.

Tempehof. Feuerungszulagen in Höhe von 10 Mk. monatlich für die Zeit vom November bis März bewilligte die Gemeindevertretung in der letzten Sitzung ihren Arbeitern.

Waltershausen. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß in der Sitzung vom 20. November eine Zulage von 5 Proz. auf die Gehälter und Stalen der städtischen Beamten und eine Erhöhung der Stundenlöhne der städtischen Arbeiter, die eine 6- bis 7prozentige Aufbesserung bedeutet. Die Mehrausgabe pro Jahr beläuft sich auf etwa 2000 Mk.

• Aus unserer Bewegung •

Berlin. Die am 7. Dezember im „Gewerkschaftshaus“ tagende außerordentliche Generalversammlung der Filiale nahm ein mit großem Beifall aufgenommenes Referat des Parteisekretärs Otto Franke über: „Die Gemeindefürsorge und die Reichstagswahl“ entgegen. — Zum 2. Punkt der Tagesordnung begründete Kollege W. u. L. den Antrag der Orts- und erweiterten Verwaltung auf Anstellung eines weiteren Bureaubeamten. Die Rechtfertigung ergibt sich im Hinblick auf die Mehrarbeit im Bureau, durch umfangreichere Agitation Groß-Berlins und auch das Anwachsen der Mitgliederzahlen. Ende 1906, seit welcher eine Vermehrung der Angestellten nicht erfolgt ist, betrug die Mitgliederzahl 4000, die Ende 1911 sicher auf 8500 steigen wird. In der Diskussion trat als einziger Redner der Revisor Kollege Krumm unter Hinweis auf die lange Arbeitszeit der Angestellten, wie auch auf die großen Ausgaben für Agitation, welche als Gradmesser für die enormen Arbeiten in die Erscheinung treten, ein. Die Abstimmung ergab gegen 3 Stimmen die Annahme. Die Stellung wird nunmehr ausgeschrieben. — Kollege W. u. L. wies auf die Herausgabe des Verbandssolenders für 1912 hin, gab Kenntnis von dem ablehnenden Schreiben der Direktion der F. G. W. A. betr. Einführung von Arbeiterausschüssen und von dem Beschluß der Mitgliederversammlung der Gasarbeiter, wonach der bisher geforderte geführte Kampf, jenseits in das Filialvermögen übergeführt werden soll.

Berlin. (Schulzeier.) Am 6. Dezember fand bei Lehmann, An der Stralauer Brücke 3, eine Versammlung der Feiger der Gemeindefürsorge, Real- und Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen und höheren Mädchenschulen statt. Nach einem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag des Stadtr. Ad. Mitter über: „Die Reichsversicherungsordnung“ referierte Kollege W. u. L. über den 2. Punkt der Tagesordnung: „Wie stellen wir uns: a) zu unseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen, b) zu den neuen Lohnabfragen, c) zur Einrichtung eines Feiger Ausschusses?“ Gegenüber der heutigen Feuerung sind die Lohnverhältnisse der Feiger mit einem Tagelohn von 4 Mk., ohne freie Wohnung und für diejenigen, welche 275 Mk. neben freier Wohnung und Brennmaterialien erhalten, durchaus ungenügend. Dazu

ist das Arbeitsverhältnis kein ständiges. Ist die Heizungsperiode vorüber, so werden die Schmelzer entlassen. Diefem oder jenem gelingt es, über Sommer in anderen städtischen Instituten Arbeit zu erhalten. Beginnt die Heizungsperiode, so muß er seine Entlassung nehmen. Das Arbeitsverhältnis wird immer gelöst, es ist kein dauerndes, resp. kein ununterbrochenes. Infolgedessen konnten die Heizer um jeden Gehalt des Sommerurlaubes, fraglich ist auch die Gewährung des Ausbehalts und der Hinterbliebenenversorgung und, da die übrigen städtischen Arbeiter, die verheiratet und drei Monate in städtischen Diensten sind, eine Feuerungszulage von 4 Mk. erhalten, so scheiden auch hier die Heizer aus, weil kein ununterbrochenes Arbeitsverhältnis vorliegt. Es muß der Antrag gestellt werden, daß eine Ueberweisung erfolgt und dadurch die Anrechnung der gesamten Dienstzeit eintritt. Bei einigermaßen gutem Willen der Behörden ist die Ueberweisung nach der Heizperiode auch möglich. Zum Beispiel stellen im Sommer die Parkverwaltung, Tiefbau, Markthalen, städtische Hofkammerkassen, das Generalbureau des Magistrats Hilfspolizei, auf den Friedhöfen, in den Krankenhäusern und zur Reinigung in den Schulen Leute ein. Unter den Heizern, deren Anzahl circa 155 beträgt, sind ungelernete wie auch fast alle gelernten Arbeiter. Da heute für die Annahme und Entlassung wie auch zur Lohnauszahlung das Heizbureau zuständig ist, so könnten unter vorheriger Anweisung an andere Verwaltungen diese dem Heizbureau rechtzeitig alsdann die Ueberweisung. Gegen die jetzt zur Einführung gelangten Lohnabstufungen vom 2. auf den 4. und vom 16. auf den 18. muß protestiert werden. Die Lohnauszahlung kann, wenn nicht an den alten Tagen, ebenso am 15. und letzten des Monats vorgenommen werden. Zweck mündlicher Verhandlung von Wünschen, Anträgen und Beschwerden ist die Einführung eines Ausschusses geradezu notwendig. Auf den Steinplätzen besteht ein Ausschuss, welcher in seinen Sitzungen die Bestimmung hat, daß dieser in Kraft tritt, sofern 30 Unterschriften vorhanden sind. — Nach einer lebhaften Diskussion, in der die obigen Ausführungen Zustimmung wurde, erfolgte die Annahme einer Resolution in diesem Sinne. Die Versammlung beauftragt den Gemeindefarbeitsverband, der nächsten Versammlung formulierte und mit einer Begründung verschiedene Anträge zu unterbreiten. Gleichzeitig erklärt die Versammlung ihren wirtschaftlichen Interessen die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses und verpflichtet sich daher, mit allen Kräften dafür zu sorgen.

Hannover. In der gut besuchten Mitgliederversammlung vom 6. Dezember referierte Landtagsabg. Veinert über: „Die Gewerkschaften und die bevorstehenden Reichstagswahlen“. Der Vortrag wurde von den Anwesenden mit Beifall aufgenommen. Am „Verschiedenen“ wurde der Antrag gestellt, daß die Kommission noch einmal beim Stadtdirektor wegen Lohnforderung vorzulegen würde. Dieser Antrag wurde angenommen. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß im nächsten Jahre jeden dritten Mittwoch im Monat die Mitgliederversammlungen stattfinden.

Heilbronn. In seiner Sitzung vom 16. November beschäftigte sich der Gemeinderat von Heilbronn u. a. auch mit einer Eingabe der Schmiedegewerkschaft, betr. Aufhebung der städtischen Schmelze im Rathaus. In der Eingabe steht u. a.: „Es werde in Interessententreiben schon lange belächelt, wie „pomadig und kommod“ in der Stadtschmelze gearbeitet werde. Es fehle eben dort im Gegensatz zum Meisterbetrieb das Fortschreiten, möglichst rasch fertig zu werden“, und dann weiter unten nochmals: „In der Stadtschmelze soll dagegen der Grundsatz herrschen, was heute nicht fertig ist, langt morgen auch noch; morgen ist auch noch ein Tag!“ — Dazu bemerkt der Arbeiterausschuss, sowie die Gewerkschaft unseres Verbandes u. a. das folgende: „Der Herr kann man die in Betracht kommenden Arbeiter in der Öffentlichkeit nicht mehr herabsagen. Was würden denn die Herren „Zunungsmeister“ sagen, wenn wir z. B. von einer „pomadigen und kommoden“ Weiserei reden wollten? Wir können den Herren nur verraten, daß die Stadtschmelze auch deshalb notwendig ist, um die von Privaten geleisteten Pfundarbeiten zu verbessern und gewerkschaftlich zu machen. Ist es denn vielleicht „meistermäßige Arbeit“, wenn ein Unternehmer in Heilbronn an die Stadt neue Wagen liefert und schon nach 4 Wochen sind dieselben nicht mehr zu gebrauchen und müssen, um sie gebrauchsfähig zu machen, in der Stadtschmelze umgebaut werden? Oder wie sieht es mit dem Schürfen von Werkzeug aus? Hier trifft es vollständig zu, was die Eingabe behauptet: „daß beim Meister das Fortschreiten besteht, möglichst rasch fertig zu werden“. Aber die Arbeit ist für gewöhnlich auch danach. Man möge hier jeden x-beliebigen städtischen Arbeiter fragen, wie er mit dem Geschirrfachmann in der Stadtschmelze gegenüber der von Unternehmern bezogenen Arbeit zufrieden sei. Wie mander müßte sich schon den ungerecht fertigten Vorwurf mangelnden Fleißes gefallen lassen und zwar nur deshalb, weil er mit dem vom Unternehmer hergestellten Geschirre nicht imstande war, sein Pensum zu bewältigen. Die Stadt hat doch ihre Arbeiter nicht nur zu dem Zwecke, um sie zum Geschirretransport von und nach der Unternehmerverschäfte

zu verwenden! Daß diese Arbeit besonders schlecht bezahlt wäre, wird niemand behaupten wollen. Die zwei städtischen Schmelze machen z. B. in einer Stunde 15 Kreuzspindel stark. Der Unternehmer bekommt aber für die Arbeit pro Stück 20 Pf. Dabei sind aber noch nie Vorwürfe darüber laut geworden, daß das in der Stadtschmelze geschaffte Geschirre minderwertig wäre. Das gerade Gegenteil ist Tatsache! Eine andere Rechnung: Nach uns vorliegenden Rechnungen löst beim Unternehmer das Aufziehen von vier Madrasen 61,96 Mk. bzw. 64,10 Mk. In der Stadtschmelze ist die Rechnung folgende: 140 Mils Eisen à 16 Pf. = 22,40 Mk., 24 Madrasen à 8 Pf. = 1,92 Mk., 30 Stunden Arbeitslohn à 42 Pf. = 12,60 Mk., zusammen 37,92 Mk. Hierzu 10 Proz. Zuschlag für Verschiedenes = 3,79 Mk. Gesamtlohn 41,71 Mk., oder rund 50 Proz. weniger als beim Unternehmer. Die Materialierung dieser Tatsachen mag den Herren wohl unangenehm sein, wir können ihnen aber, wenn notwendig, noch mit weiterem Material dienen. Sie mögen sich in ihrem eigenen Interesse diese Feststellungen ad notam nehmen und insbesondere mögen sie künftig Aktionen unterlassen, durch die sie bedrohlich den Spott der Allgemeinheit heraufbesorben. — In der Tat: Die „Mittelhandwerker“ hat wieder einmal ein glänzendes Fiasko erlitten.

Karlsruhe. In der öffentlichen Gemeindefarbeitsversammlung vom 2. Dezember referierte Stadtleiter Hedmann über: „Die Feuerungszulage und die Stellung der städtischen Arbeiter.“ Hedner beantragte, daß unsere Eingabe vom Dezember 1910 vom Stadtrat nicht erledigt und die Lohnregelung auf 1912 verschoben wurde. Die Gewährung einer Feuerungszulage von 30 Mk. für dieses Jahr sei bei den gegenwärtigen Feuerungs- und Lohnverhältnissen viel zu gering. Der Referent erbrachte den zahlenmäßigen Beweis, daß die Löhne der städtischen Arbeiter in Karlsruhe erheblich schlechter sind, als die in verschiedenen anderen Städten und gab der Erwartung Ausdruck, daß an die Reform derselben ohne lange Erhebungen herangetreten werde. Nach der sehr lebhaften Diskussion fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die heutige von über 500 städtischen Arbeitern beschlossene Versammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis von der Tatsache, daß die dringend notwendige Feuerungszulage des Lohnklassentarifs bis zum Jahr 1912 verschoben wurde. In der Bewilligung der Feuerungszulage von 30 Mk. erblickt die Versammlung keinen genügenden Ausgleich gegenüber den niedrigen Löhnen des derzeitigen Lohnstarifs. Die Verteilung der Feuerungszulage, bei der Arbeiter mit 1000 Mk. Jahreslohn denselben Betrag erhalten wie Beamte, deren Gehalt um das Zweifache höher ist, betrachtet die Versammlung als durchaus ungerecht. Entsprechend der größeren sozialen Hilfsbedürftigkeit der Arbeiter, besonders in den unteren Lohnklassen, hätte ihnen eine höhere Zulage zuteil werden müssen. Die Versammlung rätet an den verehrlichen Stadtrat erneut das dringende Ersuchen, um alsbaldige Feuerungszulage des Lohnstarifs und erwartet hierbei eine durchgreifende Erhöhung der Arbeitslöhne im Sinne der Eingabe des Gemeindefarbeitsverbandes vom Dezember 1910.“ — Mit der Aufforderung an die unorganisierten Versammlungsteilnehmer, dem Verbands beizutreten, schloß der Vorsitzende Karlsruher die gutbesuchte Versammlung.

Münden (Hannover). Die gegenwärtige Feuerung und die niedrigen Löhne veranlassen die Arbeiter der Abfuhranstalt, einen Tagelohn von 4 Mk. zu fordern. Von den Arbeitern wurde dabei noch besonders darauf hingewiesen, daß von dem einzelnen bedeutend höhere Leistungen verlangt werden, wie vor einigen Jahren. Eine Vermehrung der Arbeiterzahl war schon längst notwendig. Die Arbeiter erhielten nun auf ihre Eingabe folgenden „weisen“ Entscheid des Magistrats. „Wir befinden uns nicht in der Lage, Ihrem Wunsch um Erhöhung Ihres Lohnes näher zu treten. Wir verstehen nicht, daß die von Ihnen zu leistende Arbeit weder besonders angenehm noch leicht ist. Aber damit steht nach unserer Ansicht schon jetzt durchaus im Einklang die Höhe des von Ihnen bisher bezogenen Lohnes. Der Lohn, den die Arbeiter unserer Gasanstalt erhalten, bewegt sich in denselben Grenzen; die Arbeit, die von diesen Arbeitern geleistet werden muß, ist aber mindestens ebenso schwer wie die Ihre.“ Also weil die Gasarbeiter ebenfalls unter denselben mißlichen Verhältnissen leiden müssen und für ihre vom Magistrat anerkannte schwere Arbeit auch keinen besseren Lohn haben, deswegen brauchen die Löhne anderer Arbeiter ebenfalls nicht erhöht zu werden. Das ist echte Unternehmerlogik. Darauf beschloßen sämtliche städtischen Arbeiter, eine Feuerungszulage zu fordern. Doch auch hiermit hatten sie kein Glück. Die Arbeiter der Abfuhranstalt erhielten kurz darauf folgenden Bescheid: „Das an die Kommission der städtischen Abfuhranstalt gerichtete Gesuch vom 17. v. M. um Gewährung einer Feuerungszulage ist von den städtischen Kollegien einstimmig abgelehnt worden, indem dieselben nicht einzusehen vermochten, daß eine Verteuerung der notwendigen Lebensmittel in dem Maße besteht, daß die Bewilligung einer solchen Zulage als notwendig erdienen könnte.“ Wir glauben ganz gern, daß die Herren der städtischen Kollegien von einer Feuerung nichts merken. Wenn die Arbeiter das Einkommen dieser Herren hätten, wäre es ihnen auch nicht eingefallen, Feuerungszulagen zu for-

dem. Die Arbeiter des Glaswerks hielt man überhaupt keiner Antwort würdig. Glaubt die Stadtverwaltung, daß sich diese bisher so geduldeten Arbeiter auch ohne Antwort beruhigen? Von diesem Artum könnte sie einmal recht unsanft und gründlich kuriert werden. Durch das fortgesetzte brutale Ablehnen ihrer berechtigten Forderungen werden die Arbeiter gewiß nicht zufriedener. Auch die Geduld der geduldeten Arbeiter hat ein Ende. Wenn es dann einmal zu einem Konflikt kommt, dann tragen die Arbeiter jedenfalls keine Schuld. In den Arbeitern liegt es jetzt, treu und fest zur Organisation zu halten. Dann wird durch unser weiteres Vorgehen sich die Stadtverwaltung bequemen müssen, die berechtigten Forderungen der Arbeiter zu bewilligen.

Offenbach. In unserem Bericht (Nr. 48 der „Gewerkschaft“) über die öffentliche Versammlung vom 17. November muß es in Zeile 10 heißen: „Also, bloß weil eine sozialdemokratische Mehrheit vorhanden, wurde die Eingabe keinesfalls gemacht.“ Es sei bei dieser Gelegenheit vielmehr ganz besonders darauf hingewiesen, daß unsere Eingabe schon gemacht wurde, als die bürgerliche Partei die Mehrheit im Stadtparlament hatte.

Würzburg. Am 3. Dezember tagte im „Schwarzen Adler“ eine von christlicher Seite einberufene allgemeine Versammlung. Vorrichtungsweise hatte man nur die Bauamtsarbeiter eingeladen und die Arbeiter des Gas- und Wasserwerkes bei Verteilung der Handzettel verschont. Da aber die ungeladenen Gäste die meisten sind, so erschienen unsere Kollegen zahlreich in der Versammlung. Wie nach einer verlorenen Schlacht der Feldherr seine übrigen bliebenen Mannlein zählt, so konnte Herr Tremmel aus Würzburg seine Gefreuten leicht mütern. Von den 150 Anwesenden dürften 20 seine Ansichten gereift haben. Die Ausführungen Tremmels gipfelten darin, daß die städtischen Arbeiter noch viel zu verlangen haben, dem auch wir voll und ganz zustimmen. Am Schlusse seines Referats kam er sodann auf die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften zu sprechen, wobei er meinte, daß dieselben nicht neutral seien. Er habe nichts dagegen, wenn die sozialdemokratischen gestimmten Arbeiter sich uns anschließen, christlich und national denkende könnten dies jedoch nicht. In der Diskussion unterzog Kollege Rebold das Referat einer scharfen Kritik, dabei das Verhalten der den christlichen Gewerkschaften so nahestehenden Zentrumspartei gebührend brandmarkend. Auch dürfe Tremmel nicht die im letzten Jahre vereinnahmten 220.000 Mk. für Beiträge und die über 300.000 Mk. errungenen Verbesserungen nur auf die städtischen Arbeiter beziehen, denn im christlichen Staats-, Gemeinde-, Arbeiterverband sind Bauhandwerker, Hilfsarbeiter, Industriearbeiter und alles mögliche organisiert. Kollege Van wies auf die Organisationszerstückelung durch die christlichen Gewerkschaften hin und betonte, daß die Unternehmer diesem schädlichen Beispiel der christlichen Arbeitergewerkschaften nicht folgen. Die Unternehmer sind einheitlich organisiert. Um so mehr müssen dies die Arbeiter auch sein, weil sie sowieso schon die wirtschaftlich Schwächeren sind. Gemeindebevollmächtigter A. K. u. d. u. b. e. r. g. e. r. geherle das Verhalten der Gewerkschaften Tremmels im hiesigen Gemeindefolkium. Es ist ein jämmerliches Bild, mit an zu sehen, wie christliche Arbeitersekretäre und Arbeiter Anträge stellen und befürworten, und die eigenen Fraktionskollegen stimmen alles nieder. Im Schlusswort verurteilte Herr Tremmel noch manches zu retten, aber es half ihm nichts, die Niederlage war vollendete Tatsache. Als unsere Kollegen den Saal verlassen hatten, sahen noch 17 wehrmüde Mannlein um ihren Führer. Wir rufen Herrn Tremmel zu: „Kommen Sie bald wieder, Sie dienen nur unserer Sache!“ Das beweist die Aufnahme einiger Mitglieder in der von den „Christlichen“ einberufenen Versammlung.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Die Berliner Metallarbeiteransperrung ist unerwartet schnell zum Abbruch gelangt. In der Versammlung der Ausständigen vom 5. Dezember wurde Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern gegeben. Die Zwischenstände waren zwar mager, doch haben sich die Unternehmer zu Verhandlungen bequemen müssen, während sie bei Beginn des Kampfes davon nichts wissen wollten. Den Streikerechtsarbeitern wurden 2 Pf. Lohnzulage pro Stunde bewilligt und die Minimalarbeitszeit für Payer und Meranoer auf 9½ Stunden, die der Hilfsarbeiter auf 10 Stunden festgesetzt. Nach dreistündiger Diskussion wurde sodann die Abstimmung durch Stimmzettel vorgenommen. Von 2520 gültigen Stimmen waren nur 712 für die Annahme der Vorlage und 1817 dagegen. Da mit dieser Abstimmung zugleich auch die Abstimmung über die Fortführung des Streikrechts vorgenommen wurde und nach den statistischen Vermutungen des Metallarbeiterverbandes dazu eine Streikrechtmajorität notwendig ist, so war damit die Fortführung des Kampfes abgelehnt; es hatten für die Fortführung des Kampfes 1806 Stimmen abgegeben werden müssen. Mit dem Abbruch des Streikrechts in auch die Ansperrung der Metallarbeiter buntfärbt. Mit dem 8. Dezember hat die Arbeitsaufnahme der Köhmer begonnen, ihnen folgten am 11. Dezember die Ausständigen.

Die Zerstückelungsarbeit der Christlich-Deutschen Gewerkschaften hat nun auch nicht Halt gemacht vor dem Verband der

Land-, Wald- und Weinbergarbeiter. Unter der Firma: Section der Land-, Forst- und Gartenarbeiter versucht der Gewerbeverein der Forst- und Gärtniker sein Teil mit der „Organisierung“ der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter. In Straßburg soll angeblich ein Landarbeitersekretariat eingerichtet, in Trivies (Kommern) die erste Zahlstelle der Gewerbevereinssektion gebildet sein. Die Hauptaufgabe der Christlich-Deutschen und christlichen Gewerkschaften bestand ja immer in der Organisationszerstückelung, die „Sektoren“ sind sich, wie Figura zeigt, darin noch nicht untreu geworden.

• Gerichts-Zeitung •

Eine Diebstahlsgeheime, die sich auf dem Berliner städtischen Vieh- und Schlachthof abspielte und die längere Zeit der bürgerlichen Tagespresse Sensationsstoff lieferte, hat am 6. Dezember ihren gerichtlichen Abschluß gefunden. Die Strafkammer ging fast bei allen Angeklagten über die Anträge des Staatsanwalts hinweg, trotzdem andererseits anerkannt wurde, daß sich insbesondere die städtischen Arbeiter infolge ihres geringen Lohnes mit ihrer Familie in großer Not befunden hätten. Es wurden verurteilt: Wilhelm Schwarz zu 10 Monaten, Otto Schwarz zu 10 Monaten, Auch zu 5 Monaten, Pfantschein zu 6 Monaten, Remus zu 6 Monaten, Schulz zu 7 Monaten, Kantenuffel zu 9 Monaten, Daake zu 10 Monaten, Tappe und Merien zu je 9 Monaten, Wilowski, August Kracht, Kummel und Eider zu je 1 Jahr Gefängnis, Böhle und Albert Kracht zu je 6 Monaten und Wolf zu 9 Monaten Gefängnis. Die Angeklagten Mißs und Köfer wurden mangels ausreichenden Beweises freigesprochen. Die moralische Verurteilung trägt die Berliner Stadtverwaltung davon. Hier bewahrt sich wieder einmal das Richterwort: „Ihr laßt den Armen schuldig werden und übergebt ihn dann der Pein.“

• Internationale Rundschau •

Schweiz. Der Pieler Stadtrat befaßte sich in seiner Sitzung vom 21. November mit der Frage der Verdolungs- und Lohn-erhöhungen für städtische Angestellte und Arbeiter. Der Gemeinderat beauftragte, den Arbeitern die auf den 1. Januar 1913 fälligen Zulagen von je 20 Rp. für den Tagelohn zur Hälfte schon vom 1. Januar 1912 an auszusahlen. Der Sprecher der freijünglichen Majorität, Schneider Montandon, stellte den Antrag, es sei der Angehörigen der Verdolungsklassen II bis VIII ebenfalls die Hälfte der auf den 1. Januar 1913 fälligen Zulagen schon vom 1. Januar 1912 an auszuzahlen. Nach langer Diskussion, in der von verschiedenen Seiten die Notwendigkeit einer Steuererhöhung betont wurde, schloß der Rat, den Wünschen der städtischen Arbeiter nach dem Antrage des Gemeinderates und denen der Beamten und Angestellten im Sinne des Vortrages der Freijünglichen zu entsprechen.

• Rundschau •

Soziale Kosten. Unternehmer und Ultramontane machen sichredlich viel Aufhebens von den sozialen Kosten. Wie siehts damit? Im Jahre 1909 betrugen die Unternehmerbeiträge in der Krankenversicherung 120.971.300 Mk. für 13.404.298 Versicherte. Das macht pro Versicherten im Jahre 9,02 Mk. oder pro Arbeitstag 36 Pf., wenn man für jeden Versicherten nur 250 Arbeitstage rechnet. Die Unfallversicherung erforderte für 23.767.000 Versicherte 198.981.300 Mk., pro Arbeiter 8,38 Mk. im Jahre oder 3,5 Pf. pro Arbeitstag. Zur Invalidenversicherung zahlten die Unternehmer für 15.141.300 Versicherte 94.219.300 Mk., pro Arbeiter im Jahre 6,10 Mk., pro Arbeitstag 2,4 Pf. Somit betrug die Belastung für einen Arbeiter und eine Schicht für die drei Versicherungen ganze 9,39 Pf. Schreckliche Last!

Die 40. Delegiertenversammlung der Bühnengewerkschaft, der Schauspielergewerkschaft, trat am 6. Dezember zu mehrtägigen Verhandlungen in Berlin zusammen. Stürmische Debatten rief das Referat über die Kartellierung der Bühnengewerkschaft mit dem Bühnenverein, den Musikerverbänden und dem Chorführerverband hervor. Das Rechtsamt Dr. Seelig-Mannheim, der Zuzustand des Chorführerverbandes, hielt Dr. Seelig verlangte: „Solange der Bühnenverein die Bühnengewerkschaft nicht als völlig gleichberechtigt anerkennt, so lange darf der Bühnenverein uns nicht als die richtige Vertretung der Theaterleiter gelten. Und gesteht der Bühnenverein diese Gleichberechtigung nicht anerkennend an, dann Kampf bis aufs Messer, bis sie erlöst ist.“ In diesem Kampfe haben Sie das Kartell ganz auf Ihrer Seite. Um des lieben Friedens willen sollen Sie zu machen, wäre Ihnen unwürdig! Stürmischer Beifall auf der einen Seite, ungeheurer Widerspruch und Zuhörerschaft von Seiten der Opposition. Der furchtbare Raum läßt nur einzelne Worte vernehmen: Aber! Aber! Aber! Wir sind

